Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 M., durch die Post 2,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; der Geschäftsstelle Nr. 1133 a.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Große Ulrichstraße 63, I; Telephon Nr. 590 u. 591.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Dreiundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, I sowie von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf. für Halle und auswärts 1 Mk.
Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 63, I; Telephon Nr. 590 u. 591.

Nr. 35. **Halle a. S., Freitag, den 22. Januar** **1909.**

Die Verwaltungsreform in Preußen.

Der Minister des Innern v. Moltke hat im Abgeordnetenhaus bei der Beratung des Etats die erfreuliche Mitteilung gemacht, daß eine Reform der inneren Verwaltung in Preußen im Gange sei. Er hat ausgeführt, daß die Vorarbeiten schon ziemlich weit gediehen seien und daß auch schon Versuche mit neuen Instruktionen gemacht würden. Die Erklärung des Ministers ist im Hause mit Genugtuung aufgenommen worden. Auch die Freisinnigen sind seit langer Zeit für eine gründliche Reform der Verwaltung eingetreten, und auch bei der Etatsberatung hat der Vertreter der Freisinnigen Volkspartei nachdrücklich gefordert, daß der komplizierte Verwaltungsapparat vereinfacht und verbilligt werde, und daß die alten Zöpfe abgeschnitten werden, die aus längst vergangener Zeit der preußischen Verwaltung noch immer anhängen. Diese im Parlament wie in der Presse aller Parteirichtungen wiederholt und energisch geforderte Reform durch Vereinfachung und Modernisierung der Verwaltung ist ein dringendes Bedürfnis des Staatslebens, eine Frage, für deren Lösung weiteste Kreise des Volkes das lebhafteste Interesse haben. Sie darf sich nicht im Interesse der beati possidentes mit kleinen Zugeständnissen begnügen.

Wenn die für die innere Verwaltung in Preußen geltende Instruktion aus dem Jahre 1817 bisher eine wesentliche Aenderung nicht erfahren hat, so läßt sich dies nur dadurch erklären, daß die der Gunst der Regierung von jeher sich erfreuenden Landräte und Regierungsräte keine Einschränkung ihrer Zuständigkeit und ihres Einflusses erfahren sollten. Diese Verhältnisse entsprechen nicht mehr der Bedeutung, die gegenwärtig die Technik mit ihren auf allen Wirtschaftsgebieten erfolgten Umwälzungen gewonnen hat. Aber wer den Geist kennt, der in den für die Verwaltungsreform in erster Linie maßgebenden Ministerien des Innern und der Finanzen von altersher herrscht, muß zugeben, daß es vielleicht einer höheren Macht bedarf, um eine Reform der Verwaltung durchzusetzen, die neben sachgemäßerer Erledigung der Arbeit eine wesentliche Ersparnis der Kosten sichert. Dazu ist unumgänglich nötig eine Erweiterung der Befugnisse der technischen Regierungsräte gegenüber denjenigen der Verwaltungsdezernenten. Zurzeit ist beispielsweise bei der Bearbeitung der wichtigsten wasserbautechnischen Pläne, die Millionen erfordern und an das theoretische Wissen sowohl wie an die praktische Erfahrung des Technikers hohe Ansprüche stellen, der technische Dezernent bei den Regierungen nur der Berater eines Regierungsrates, dessen Urteil durch technische Kenntnisse nicht getrübt ist. In den Abteilungen III der Regierungen liegt bei Bearbeitung der Forstsachen die Entscheidung in der Hand des Oberregierungsrates als Dirigenten der Abteilung, obwohl es ihm hierzu an Sachkunde fehlen muß. Die Domänensachen werden von Regierungsräten bearbeitet, die in landwirtschaftlichen Angelegenheiten meist weder fachmännische Bildung noch Erfahrung haben, während richtiger auch die Domänensachen von den Forsträten bearbeitet würden, die auf Grund ihrer wissenschaftlichen Vorbereitung und ihrer Praxis meist genügende Kenntnisse in der Landwirtschaft besitzen. Eine derartige Verschmelzung der Domänen- und Forstabteilungen bei den Regierungen würde außerdem durch Verringerung des Personals und Verminderung der Reisekosten für den Staat eine jährliche Ersparnis von erheblichem Umfang ausmachen. Eine solche muß aber gerade bei der Domänenverwaltung gefordert werden, wenn man bedenkt, daß die Erträge der Domänen in Preußen zurzeit nicht einmal eine angemessene Verzinsung des Wertes der Domänengebäude liefern. Doch das sind nur einige Beispiele, die sich leicht vervielfältigen lassen.

Groß sind die Anforderungen, die infolge der Erhöhung der Beamtengehälter an das Volk gestellt werden. Mit vollem Recht muß bei der Erhöhung der Steuerlasten verlangt werden, daß die Staatsregierung eine zeitgemäße Reform der Verwaltung vornimmt, mit der eine möglichste Verminderung der Verwaltungskosten verbunden ist.

Deutsches Reich.

Noch ein Vertrauensvotum für Fürst Bülow.

Ein eigenartiges Zusammentreffen fügt es, so lesen wir in der „Schlesischen Zeitung", daß gleichzeitig mit der Anti-Bülow-Aktion des Zentrums ein rein katholisches Blatt dem Fürsten Bülow ein Vertrauensvotum ersten Ranges darbringt. Das von dem Breslauer Domherrn Prof. Seltmann herausgegebene „Schlesische Pastoralblatt" veröffentlicht nämlich in seiner Nummer vom 15. d. M. folgenden Artikel:

„Fürst Bülow.

Von absolut zuverlässiger Seite ist mir vor einiger Zeit bei Gelegenheit eines Gesprächs mitgeteilt worden, daß der Herr Reichskanzler Fürst Bülow ernstlich bemüht ist, in den ihm unterstellten Ressorts mit größtem Nachdruck dahin zu wirken, daß bei der Besetzung höherer Aemter die Katholiken entsprechend berücksichtigt werden, und daß er sich auch vergewissert, ob und wie seinen diesbezüglichen Weisungen Folge gegeben wird.

Auf meine Frage, ob ich ermächtigt bin, von dieser Mitteilung Gebrauch zu machen, wurde mir eine entschieden bejahende Antwort gegeben. Ich habe davon bisher keinen öffentlichen Gebrauch gemacht, tue es aber jetzt hiermit in bester Absicht für diejenigen Kreise, welchen von dieser Gesinnung des Herrn Reichskanzlers noch nichts bekannt gewesen ist. Ich meine: Die Gerechtigkeit erfordert es bei der Beurteilung des vielumstrittenen und manchmal, wie mir scheint, recht unnötig angefeindeten Herrn Reichskanzlers, diese Mitteilung entsprechend zu würdigen. Auch die ganze innere und äußere Lage verlangt es gebieterisch, nicht dem Zwiste, sondern der Einigkeit das Wort zu reden, selbst wenn man vorher einmal in seinen Erwartungen getäuscht worden ist."

„Für jeden Vernünftigen ist es," fügt das erstgenannte Blatt hinzu, „zwar bisher schon unzweifelhaft gewesen, daß Fürst Bülow niemals daran gedacht hat, die deutschen Katholiken irgendwie in ihren Rechten verkürzen zu wollen, es ist aber doch gerade im Hinblick auf den letzten Streit sehr erfreulich, daß hier von so hervorragender katholischer Seite ausdrücklich bezeugt wird, daß er auch seitens der deutschen Katholiken volles Vertrauen verdient." — — —

Das Bemerkenswerteste an dieser Notiz ist schließlich, daß die — „Nordd. Allg. Ztg." unter „Parteibewegung" von ihr Kenntnis nimmt.

Ernst von Wildenbruch,

der am 15. d. M. verstorbene Dramatiker, war zwar im besten Sinne des Wortes national, aber ein abgesagter Feind nationalistischer Ausschreitungen. Er faßte das Problem der völkischen Gegensätze und der Rassenkämpfe überhaupt nicht politisch, sondern künstlerisch auf. In einer Rede, die er als Ehrenpräsident der Association littéraire et artistique internationale auf dem Bankett in Weimar am 30. September 1903 hielt, sagte er zum Schluß:

„Das Problem liegt also für uns so: Wie erreichen wir, indem wir uns individuell sondern, das über uns allen schwebende gemeinsame Ziel menschlicher Kultur? Und hierauf ist zu antworten: wir erreichen es nicht dadurch, daß wir einer in dem anderen aufgehen, sondern dadurch, daß jeder einzelne sich selbst und seine individuelle Eigenart zu denkbar höchster Vollendung ausbildet, und dann von seinem Eigensten selbstlos im Hinblick auf das gemeinsame Ziel an die anderen hergibt. So kommt ja auch ein gutes Konzert nur zustande, wenn jeder einzelne mitwirkende Musiker sein eigenes Instrument bis zur denkbar höchsten Vollendung zu beherrschen lernt."

Die Dresdener Straßendemonstrationen.

Im „Dresd. Journ." gibt die Polizeidirektion der Residenzstadt folgende Darstellung über die Straßendemonstrationen in Dresden am Sonntag:

„Der blutige Zusammenstoß, der am Sonntag nachmittag zwischen einem demonstrierenden Volkshaufen und den in der Schloßstraße absperrenden Polizeimannschaften stattgefunden hat, wird in der sozialdemokratischen Presse in einer Weise geschildert, die den Tatsachen direkt zuwiderläuft und natürlich nur den Zweck hat, alle Schuld an dem Vorkommnisse von den Parteigenossen abzuwälzen auf die Schultern der Polizeibeamten. Die harmlos vorwärtsschreitende Menschenmenge soll ganz ohne ihr Zutun in die Schloßstraße hinein und weiter vorwärtsgedrängt worden sein, dann soll plötzlich ein junger Leutnant, der die Besinnung verloren habe, das Kommando zum Blankziehen gegeben haben, und nunmehr hätten die Gendarmen ohne jeden Grund mit ihren Säbeln auf die wehrlose Menge eingehauen. Diesen durchaus unzutreffenden Behauptungen gegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß sich der Vorgang nach den amtlichen Erhebungen ganz anders zugetragen hat. — Daß die von verschiedenen Seiten aus den Versammlungslokalen nach dem Innern der Stadt zuströmenden Massen das Bestreben hatten, nach dem Schlosse vorzudringen, um dort zu demonstrieren, läßt sich nach den allseitig gemachten Beobachtungen nicht bestreiten. Die Wege zum Schlosse waren aber ringsum abgesperrt, und so mußte der Versuch gemacht werden, irgendwo durchzubrechen. Dazu bot die enge Schloßstraße scheinbar die beste Gelegenheit, zumal man dort keine berittenen Gendarmen erblickte. So setzte sich denn plötzlich von den auf dem Altmarkte versammelten Massen ein beträchtlicher Teil in Straßenbreite nach dem Georgentore zu in Bewegung und überflutete die Schloßstraße bis zur Absperrungskette an der Großen Brüdergasse. Dort machte man zunächst Halt und stimmte den Sozialistenmarsch an. Dabei ertönte auch schon aus den hinteren Reihen mehrfach der Ruf: „Durch nach dem Schloß!" Während sodann ein Genosse, offenbar ein Führer, an den dort kommandierenden Polizeileutnant — der nicht ein ganz junger Offizier ist, sondern im 33. Lebensjahre steht und sich schon seit neun Jahren im Dienste der Polizeidirektion befindet — herantrat und verlangte, nach dem Schlosse zu durchgelassen zu werden, was der Beamte natürlich ablehnte. Währenddessen fing die Menschenmenge an, vorwärts zu drängen, wobei sich ein Teilnehmer besonders durch Schreien hervortat. Mehrere Gendarmen traten vor, um diesen Mann zu verhaften, worauf die Menge sofort eine drohende Haltung einnahm, den Verhafteten zu befreien suchte und verschiedene Teilnehmer der Zusammenrottung mit ihren Stöcken auf jene Gendarmen losschlugen. In diesem für die Polizeibeamten kritischen Augenblick zogen die angegriffenen Beamten, den allgemeinen Dienstvorschriften entsprechend, ohne daß der Polizeileutnant überhaupt erst in die Lage kam, einen Befehl dazu zu geben, ihre Seitengewehre und gingen sogleich energisch gegen die Angreifer vor. Inzwischen war noch eine Abteilung Gendarmen zur Verstärkung herbeigeeilt, und nunmehr wurde die Schloßstraße zum Teil mit der blanken Waffe geräumt. Die Verletzten wurden von Samaritern schnell weggebracht. Die Demonstrierenden hatten nämlich vorsorglicherweise gleich Samariter der Arbeitersanitätskolonne mitgebracht. Auf weitere Einzelheiten einzugehen, ist hier nicht der Platz. Natürlich ist eine Anzahl Teilnehmer zur Anzeige gebracht worden, und die Verhandlungen vor dem Strafrichter werden Gelegenheit bieten, den Verlauf des ganzen Exzesses genau klarzustellen."

Die Reichstags-Bilder.

In der „Deutschen Tagesztg." schreibt der Landtagsabg. von Levetzow folgende beachtenswerte Kritik:

In den Fehden, die die Beanstandung und Entfernung der Janschen Bilder im Reichstagssaale verursacht hat, sind zweierlei Gesichtspunkte zutage getreten; einmal der künstlerische und dann der ethische.

Die Gründe, die den künstlerischen Unwert der Bilder beweisen sollen, sind sehr schwach. Es wird die trübe Stimmung des Sedanbildes angeführt, die unhistorisch sei, weil am Sedantage sonniges Wetter gewesen sei. Dieser Grund verkennt ganz die künstlerische Freiheit. Nicht auf eine photographisch treue Wiedergabe des Augenblicks kommt es an, sondern darauf, daß der Künstler für die Bedeutung des Ereignisses die richtige Stimmung findet. Damit fällt auch der zweite Einwand fort, daß König Wilhelm zu alt dargestellt sei und nicht frisch genug aussähe. Als ich das Bild sah, habe ich den Eindruck gehabt, daß der Künstler das Werden des Deutschen Reiches an jenem schicksalsschweren Tage habe schildern wollen. Deshalb stellte er Wilhelm I. umgeben von seinem Sohne und den beiden großen Helfern dar, deshalb ließ er die bayerischen Soldaten durch Senken der eroberten französischen Fahne dem König von Preußen, dem zukünftigen deutschen Kaiser, huldigen. Die schweren Verluste, die der Kampf gefordert hatte, mußten bei König Wilhelm die Siegesfreude dämpfen, und so zeigt der Künstler den König als alten Mann, der, von der Last der Verantwortlichkeit gebeugt, über das Schlachtfeld dahinreitet. Zu dieser Stimmung paßte aber nicht ein strahlender Sonnenhimmel, sondern nur ein trüber Tag. — Das war der Eindruck, den das Bild beim ersten Sehen auf mich machte, und dieser Eindruck ist geblieben.

Damit bin ich unwillkürlich bei der Frage angelangt, ob die dargestellten Gegenstände ethisch in den Reichstagssaal passen. — Rechts und links Darstellungen aus der Geschichte der alten Kaiser; dazwischen die Gründung des neuen Reiches! Rechts und links Prunk und Pracht, Weltpolitik; in der Mitte die Einfachheit des alten Kaisers mit seiner angeborenen Nüchternheit, Geradheit und dem dauernden Erfolg! Ich halte die Darstellungen für sehr passend, weil sie die Staatsmänner und Abgeordneten mahnen können, daß Prunk und Glanz ein Reich nicht vor dem Verfalle schützen; daß ohne Heimatpolitik Weltpolitik auf die Dauer unmöglich ist. Das Deutsche Reich ist nicht durch Redeschlachten, sondern durch Blut und Eisen entstanden, und so wird es zu seiner Erhaltung auch in Zukunft nicht an Kampf und an Opfern fehlen.

Nicht Sühneprinzen, nicht Abenteuer an allen Weltenden tragen zur Erhaltung des Reiches bei, sondern nur ein durch ernste Arbeit zu mannhaftem, allem Weibischen abholden, freimütigen Charakter erzogenes Volk, dessen wirtschaftliche Verhältnisse durch Heimatspolitik gesund erhalten sind, kann die Zukunft des Reiches sichern." —

Politik und Partei, die bei der Bewertung der Janschen Reichstagsbilder ausgeschaltet werden muß, können uns nicht hindern, in der vorstehenden Kritik manches Beachtenswerte zu finden.

In den Aufwendungen für Volksschulbauten

und für Errichtung neuer Lehrstellen beweist der Etat der preußischen Unterrichtsverwaltung eine auffallende Zurückhaltung. Für den erstgenannten Zweck sind wie im Vorjahre vier Millionen, für den zweiten nur etwas über 100 000 Mark eingestellt. Wenn der erste Posten bemessen worden wäre in Rücksicht auf die Zustände, die die Volksschulstatistik von 1906 auf dem Gebiete der Schulbauten enthüllt hat, wenn der zweite Posten erhöht worden wäre in Rücksicht auf die Zahl der überfüllten Klassen, der überlasteten Lehrkräfte, der weiten Schulwege und der Zahl der wegen Platzmangels nicht aufgenommenen schulpflichtigen Kinder, von denen uns jene Statistik erzählt, dann müßten beide weit höher sein. Das Abgeordnetenhaus wird bei der Kritik gerade dieses Teiles vom Etat nicht versäumen dürfen, zugleich den Ergebnissen dieser Statistik erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken.

Die Kali-Interessenten zum Berggesetz.

Der Verein der Deutschen Kali-Interessenten beschäftigte sich in seiner Berliner Vorstandssitzung mit den neuen Steuern und der bevorstehenden Aenderung des Berggesetzes. Zu dieser vertrat der Vorstand die Ansicht, daß ein Bedürfnis für die Einführung von Arbeiterkontrolleuren in allen Bergwerksbetrieben nicht vorhanden sei, und daß auch eine gesetzliche Regelung der Verantwortlichkeit der Werkbesitzer, Direktoren und Generaldirektoren unter Umständen viele recht bedenkliche Folgen haben könnte, obgleich nicht zu verkennen sei, daß es der Billigkeit entspräche, wenn auch die Personen, die bejaht sind, Anordnungen im Bergwerksbetriebe zu treffen und den Aufsichts- und Betriebsbeamten Aufträge zu erteilen, durch das Berggesetz von der gleichen Verantwortlichkeit getroffen würden wie diese. Besonders wurde darauf hingewiesen, daß auch unsere Berggesetzgebung in einem zu schnellen Tempo erfolge.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090122015/fragment/page=0001

Parlamentarisches.

Staatssekretär v. Schoen über den Fall Hammann.

In der gestrigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstages wurde der Etat des Auswärtigen Amtes beraten. Hierbei nahm Staatssekretär von Schoen Gelegenheit, sich zu den Beschuldigungen zu äußern, die vor etwa drei Monaten gegen den Preßdezernenten des Auswärtigen Amtes, Geh. Legationsrat Hammann, erhoben wurden. Herr von Schoen sagte u. a.:

„In der zweiten Woche des Oktober vorigen Jahres erhielt ich ein Schreiben aus Stuttgart, das die Beschuldigung enthielt, daß der Wirkl. Geh. Legationsrat Dr. Hammann vor fünf Jahren in einem bürgerlichen Rechtsstreit einen falschen Eid geleistet habe. Ich zog darauf unverzüglich den beschuldigten Beamten zur Rechenschaft, der die Haltlosigkeit der Anklage versicherte.

Als dann in einer mir und anderen zugegangenen Broschüre der angegriffene Beamte auch der Verletzung der Amtspflichten in einem bestimmten Falle beschuldigt wurde, stellte ich sofort Strafantrag. Ebenso der Beamte für sich. Der Beamte hat dann seinen Strafantrag auch auf die kürzlich erfolgte Versendung der Strafanzeige wegen Meineids sowie auf das Begleitschreiben ausgedehnt.

Endlich hat mir der Beschwerdeführer Abschrift eines Beschlusses des Amtsgerichts Schöneberg eingereicht, wonach ein beschlagnahmtes Exemplar der Druckschrift mit der Begründung freigegeben wurde, es könne in dem Vorwurf eines unwürdigen Verhaltens als Beamter keine strafbare Handlung erblickt werden, da der Beamte ein Verhalten gezeigt habe, das gegen das Ansehen seines Amtes verstoße. Der Geheimrat Hammann hat die Staatsanwaltschaft gebeten, die Aufhebung dieses auf falschen Voraussetzungen beruhenden Beschlusses herbeizuführen.

Zwar ist es hiernach fraglich, ob der genannte Gerichtsbeschluß noch zu Kraft besteht. Andererseits hat der Beamte für den Fall, daß er aufrecht erhalten bleiben sollte, Disziplinaruntersuchung gegen sich beantragt."

In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses kam gestern ein freikonservativer Vermittlungsantrag zur Beratung, der im wesentlichen darauf hinausläuft,

daß die Deckung des durch direkte Steuern nicht aufzubringenden Betrages von 15 Millionen durch Ausbau der Stempelsteuern erfolgt.

Die Konservativen stimmten zu, Zentrum und Nationalliberale zeigten sich dem Antrag nicht grundsätzlich abgeneigt. Auch der Finanzminister stellte sich günstig dazu. Damit darf die **Beseitigung der Gesellschaftssteuer** als definitiv und die Verständigung auf der Grundlage des freikonservativen Antrages als wahrscheinlich angesehen werden.

Partei-Nachrichten.

Hermann Frese.

L. C. Von dem Abg. Gothein erhalten wir noch folgende persönliche Erinnerungen an den dahingeschiedenen früheren Abg. Frese:

In den Kreisen der Abgeordneten, die von 1893—1903 dem Reichstag oder dem preußischen Abgeordnetenhaus angehört haben, hat der Heimgang des Bremer Senators Frese, der seine Vaterstadt während dieser Zeit im Reichstag vertrat, tiefe Trauer hervorgerufen. Selten hat wohl ein Abgeordneter sich im Kreise seiner Fraktionsgenossen und weit darüber hinaus auch in denen anderer Fraktionen einer solchen herzlichen Zuneigung erfreut wie Hermann Frese. Seine liebenswürdige Persönlichkeit brachte es mit sich, daß einer nach dem andern von ihnen nach dem „Hotel Kronprinz" in der Luisenstraße, Ecke Schiffbauerdamm, übersiedelte. Und das beschränkte sich nicht allein auf die Fraktion der Freisinnigen Vereinigung, auch der verstorbene Abgeordnete Lenzmann hatte sich dort eingefunden und hielt seit den Freunden der Nachbarfraktion zusammen, so daß ihm Eugen Richter deswegen den scherzhaften Beinamen des „kronprinzlichen Hofdemokraten" verlieh. Frese machte den Küchenzettel, besprach mit dem Wirt, ja unter Umständen sogar mit dem Koch, nicht bloß die einzelnen Gänge, sondern auch deren Zubereitung und sorgte dafür, daß besonders gute, preiswerte Weine aus befreundeten Weinhandlungen zur Verfügung standen. Gar manche Extrasendung aus Wählerkreisen, namentlich von seinen Freunden, zierte die Tafel, aber das beste war der gemütliche Ton und die köstlichen und köstlich vorgetragenen Anekdoten, mit denen Frese seine Tischgenossen zu erfreuen pflegte.

Aber nicht nur als liebenswürdiger Genosse, auch als tüchtiger Parlamentarier bewährte sich Frese. So hatte er als anerkannter Sachverständiger in allen Fragen, zu denen er sprach — es waren meist die der Schiffahrtsangelegenheiten, der Tabaksteuerung und anderer Finanz- und Zollfragen —, stets das Ohr des Hauses.

Trotz der scharfen Oppositionsstellung, in der sich damals die freisinnige Vereinigung der Regierung gegenüber befand — es war die Zeit der Zolltarifkämpfe — verstand er es doch immer, gute Fühlung mit den Reichsämtern und Bundesratsmitgliedern zu halten und war dort in seiner Art ebenso beliebt wie in den Kreisen der Abgeordneten.

Der Bund der Landwirte und die Nachlaßsteuer.

Eine Versammlung des Landwirtschaftlichen Kasinos Köln befaßte sich mit der Nachlaßsteuer. Man war, wie der „Magd. Ztg." telegraphiert wird, der Ansicht, daß die Vorlage Aussicht auf Annahme haben dürfte, weil die Sozialdemokraten, die Freisinnigen und ein Teil der Liberalen und des Zentrums für sie stimmen würden. Selbst die Konservativen, die ihre Vertretung im Bunde der Landwirte suchten, gingen in ihrer Ansicht auseinander. Auf eine Anfrage an Dr. Hahn, wie sich der Bund der Landwirte zu dieser Vorlage stellen werde, habe dieser geantwortet, daß er erst am Tage der Abstimmung sich definitiv äußern könne. Zur Deckung des Reichsdefizits schlug man eine Erhöhung der Einkommensteuer und die Erhebung eines Kohlenausfuhrzolles vor.

Allgemeine Mitteilungen.

— Der Bundesrat versammelte sich gestern zu einer Plenarsitzung; vorher hielten der Ausschuß für Justizwesen, die vereinigten Ausschüsse für Justizwesen und für Handel und Verkehr Sitzungen.

Deutscher Reichstag.

190. Sitzung vom Donnerstag, den 21. Januar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: **v. Bethmann-Hollweg.**

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten mit einem Nachruf auf den heute verstorbenen Senior des Reichstags Graf Hompesch: Der Verstorbene, seit dem Heimgange des Abg. von Winterfeld-Menkin unser Alterspräsident, gehörte bereits dem konstituierenden Reichstage, sowie dem Reichstage des Norddeutschen Bundes als Mitglied an. Er ist dann von 1874 an ununterbrochen 35 Jahre hindurch Mitglied dieses Hauses für den ersten Wahlkreis des Regierungsbezirks Aachen gewesen. Wir alle kannten und schätzten die außerordentliche Gewissenhaftigkeit, mit der der Entschlafene jederzeit den Pflichten seines Mandats nachkam. Wir werden ihm ein treues Gedenken bewahren.

Die Handhabung des Vereinsgesetzes.

Auf der Tagesordnung stehen die Interpellationen der Sozialdemokraten und Polen wegen der Handhabung des Reichsvereinsgesetzes, besonders des Sprachenparagraphen.

Die Interpellation der Sozialdemokraten lautet:

„Ist dem Reichskanzler bekannt, daß das Reichsvereinsgesetz, insbesondere dessen § 12 (Sprachenparagraph) von Verwaltungsbehörden vielfach in einer Art und Weise gehandhabt wird, die sich weder mit dem Wortlaute des Gesetzes noch mit den Erklärungen der Vertreter der verbündeten Regierungen vereinbaren läßt? Welche Maßnahmen gedenkt der Reichskanzler zu ergreifen, um gegen diese Uebelstände Abhilfe zu schaffen?"

Die Interpellation der Polen, die auch von Zentrumsabgeordneten unterstützt ist, hat folgenden Wortlaut:

„Ist dem Reichskanzler bekannt, daß die Verwaltungsbehörden einzelner Bundesstaaten durch mißbräuchliche Anwendung der §§ 3 und 12 (Versammlungs- und Sprachenparagraph) des Reichsvereinsgesetzes Reichsangehörigen das Recht verkümmern, sich zu versammeln und Vereine zu bilden? Was gedenkt der Reichskanzler zu tun, um diese Mißstände abzustellen?"

Abg. **Brey** (Soz.)

begründet die sozialdemokratische Interpellation. Herr Bassermann hat ja der Regierung schon Gelegenheit gegeben, sich zu der Frage der Handhabung des Vereinsgesetzes zu äußern. Er ahnt es ja öfter voraus, wenn die Regierung zu irgend einer Frage Stellung nehmen will, ehe sie dazu gezwungen wird. Herr Haußmann hat eine recht sonderbare Rolle gespielt, als er dem Staatssekretär ein Vertrauensvotum ausstellte. Wenn er sich nach dem „Berliner Tageblatt" und anderen Zeitungen darüber informiert hätte, wie das Gesetz tatsächlich gehandhabt wird, dann würde er vielleicht anders gesprochen haben. Mir sind etwa 50 Fälle bekannt, bei denen es sich um Belästigungen von gewerkschaftlichen Versammlungen handelt, und das Verbot von Festlichkeiten, Abtreibung der Versammlungslokale, Erzwingung der Mitgliederlisten usw. Kurz und gut, die frühere Praxis ist beibehalten worden. Wir sehen keineswegs in dem Staatssekretär den bösen Geist, der in den Versammlungen umherspukt. Allen Respekt vor ihm, aber so hoch schätzen wir seine Macht nicht ein, als daß er imstande wäre, die reaktionären, freiheitsfeindlichen Tendenzen zu bannen, die draußen in der Verwaltung ihr Wesen treiben. Herr Müller-Meiningen hat das Vereinsgesetz als eine Frucht gepriesen, die den deutschen Frauen in den Schoß gefallen sei. Die Nachwehen dieser Geburt machen sich aber noch immer bemerkbar. Der Redner behandelt die einzelnen Fälle von Verstößen gegen das Vereinsgesetz. In Gardelegen hat man versucht, die Frauen an der Teilnahme von Versammlungen zu verhindern. In anderen Orten verlangt man Einreichung der Mitgliederlisten und Anmeldung der Vorstandsmitglieder. Die betreffenden Beamten hatten also noch keine Ahnung von den Bestimmungen des neuen Gesetzes. Man hat die unteren Instanzen anscheinend gar nicht instruiert, vor allem nicht in Preußen, denn hier sind unzählige Verletzungen vorgekommen. Die Landräte, Bürgermeister und Gendarmen scheinen hier ganz freie Hand zu haben. In Bayern geht man ganz anders vor, da sind nur zwei Fälle von Verletzungen des Gesetzes vorgekommen. Der Redner führt eine Reihe von Fällen aus den verschiedensten Orten an, in denen der Begriff „politische Betätigung" den Gewerkschaften gegenüber sehr weit gefaßt werde. Wir haben das schon bei der Beratung des Vereinsgesetzes befürchtet. Damals sagte der Staatssekretär, die Begrenzung dieses Begriffs muß man der Rechtsprechung überlassen. Nun sind Gerichtsurteile erfolgt, die direkt im Widerspruch mit dem Geist des Gesetzes stehen. Nach einem solchen Urteil in Kattowitz dürfte sich

der Gendarm hinter jeden Stammtisch

postieren, denn auch da wird politisch verhandelt. Die Agitation für den Holzarbeiterverband wird als politische Betätigung bezeichnet. In Essen wurden Versammlungen von Brauereiarbeitern und Tapezierern überwacht, in denen über Tarifabschlüsse verhandelt wurde. In Emmerich und Bonn das Gleiche. Wollte sich ein Beamter einmal in Arbeitgeberversammlungen verlaufen, so würde er sicher so abgebürstet werden, daß ihm die Lust zum Wiederkommen vergehen würde. In Stettin erschien bei einer Gewerkschaftsversammlung auch ein Gendarm. Die Arbeiter mußten sich das gefallen lassen, um die Kosten nicht unnötig aufgewandt zu haben. Natürlich mußte am anderen Tage der Unternehmer genau, was verhandelt war. Der Redner wendet sich dann insbesondere gegen die Entscheidung des Reichsgerichts, wonach große

Gewerkschaftsverbände

und Vereine mit sehr ausgedehnter Mitgliedschaft, wie z. B. der Metallarbeiterverband, nicht als Vereine im Sinne des Gesetzes zu behandeln seien, „weil ihre Mitglieder innerlich nicht hinreichend miteinander verbunden seien". Diese Auffassung wird von den Polizeibehörden praktisch betätigt. Für politische Vereine und Gewerkschaften darf sie aber nicht Geltung haben, denn da verbindet die Mitgliedschaft der gemeinsame Zweck auch innerlich. Auch in Sachsen herrscht noch der alte Geist, dort hat man die Methode der Revision erfunden: man überwacht die Versammlung nicht, man „revidiert" sie nur.

Der Sprachenparagraph

wird ständig in unrechtmäßiger Weise in Anwendung gebracht. Der Staatssekretär versprach, daß gewerkschaftliche Versammlungen, die über Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verhandeln haben, nicht belästigt werden sollen. In der Praxis sieht es aber ganz anders aus. Davon weiß man in Posen, Oberschlesien und in Rheinland-Westfalen ein Lied zu singen. Auch Bayern, das sonst vernünftig ist (Heiterkeit), läßt zu wünschen übrig. Für Versammlungen unter freiem Himmel sind in Preußen und vor allem in Sachsen Stempelgebühren erhoben worden, obwohl das Gesetz vorschreibt, daß die Genehmigung zu Versammlungen unentgeltlich zu erfolgen hat. Es ist hohe Zeit, daß die Herren Behörden den Beamten sagen, wie sie das Gesetz auszuführen haben. (Beifall bei den Soz.)

Abg. **Brejski** (Pole):

Noch kein Gesetz hat sich schon so bald nach seiner Einführung als unbrauchbar erwiesen, wie das Vereinsgesetz. Schuld daran ist, daß es dem Volke aufgezwungen wurde. In später Abendstunde nötigte man den linken Blockflügel, es bedingungslos anzunehmen. Er mußte gehorchen, oder mit seiner Herrlichkeit als Regierungspartei war es aus. Der Staatssekretär war der Arrangeur des ganzen Spiels. Alle, selbst die vernünftigsten, Abänderungsanträge wurden glatt niedergestimmt. Daher strotzt das Gesetz von unklaren und dehnbaren Begriffen, durch die Behörden und Bürger irre geführt werden. Der Staatssekretär hat mit zähester Energie jede Begriffserklärung verhindert. So sind wir zu Versuchs-Kaninchen geworden. (Heiterkeit.) Wollte ich alle Fälle der Gesetzesverletzung behandeln, so würde ich noch um Mitternacht nicht fertig sein. Sogar unsere Wahlversammlungen bei der neulichen Nachwahl hat man überwacht. Die Regierungspräsidenten von Arnsberg und Münster haben angeordnet, alle Vereine, die von Polen gebildet werden, als politische zu behandeln. In Borbeck besteht ein Lotterieverein, der nichts anderes tut, als für seine Mitglieder Lose der preußischen Klassenlotterie und andere erlaubte Lose zu spielen; auch er wurde zum politischen Verein gestempelt. Die Regierung in Marienwerder ging selbst so weit, eine Gauversammlung der polnischen Turnvereine aufzulösen. Die vertriebenen Turner versammelten sich dann in einer Privatwohnung, jetzt ist deswegen eine Anklage gegen sie anhängig. Kann man sich hier wundern, wenn sich die polnischen Turnvereine sagen: Wenn schon, denn schon! Wenn wir als politische Vereine behandelt werden, gut, dann wollen wir uns auch politisch betätigen, damit dem Gesetze zu seinem Rechte verholfen wird!

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg:

Auf die Kritik der Vorredner an den materiellen Bestimmungen des Vereinsgesetzes kann ich nicht eingehen. Wir haben es jetzt nur mit seiner Handhabung zu tun. Ich habe im Dezember zugegeben, daß von den ausführenden Organen zu meinem Bedauern Fehlgriffe begangen wurden. Aber ich habe damals schon erklärt, daß die Landesregierungen in allen Fällen Remedur eintreten ließen. Trotz des mir übergebenen Materials stelle ich auch jetzt noch die Behauptung auf, daß mir von keinem Falle Kenntnis gegeben ist, wo der Reichskanzler hätte einschreiten müssen. Ich gehe zunächst auf die Beschwerde ein, daß der polnischen Berufsvereinigung in ihren öffentlichen Versammlungen der Gebrauch der polnischen Sprache untersagt wird, weil die preußische Regierung der Ansicht ist, daß diese Berufsvereinigung nicht rein gewerkschaftliche Ziele verfolge, sondern daß sie politischen Bestrebungen auf der Grundlage großpolnischer Aspirationen huldige. Den Beweis will ich Ihnen jetzt bringen. Der Staatssekretär skizziert dann die geschichtliche Entwickelung der polnischen Berufsvereinigungen, die Gründung des sogenannten Polenbundes. Daß die Berufsvereinigung nationalpolitische Zwecke mit ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit verbindet, dafür liefert ihre ganze Wirksamkeit den Beweis. Der Staatssekretär zitiert zahlreiche Aussprüche aus polnischen Versammlungen, in denen in den schärfsten Ausdrücken gegen die Deutschen agitiert werde, und verliest dann vielache Aeußerungen aus sozialdemokratischen und christlichen gewerkschaftlichen Organen, die alle entschieden Stellung gegen das Verhalten der polnischen Berufsvereinigungen nehmen. Der Staatssekretär spricht dann den einzelnen Regierungen seinen Dank dafür aus, daß alle das größte Entgegenkommen bei der Bearbeitung und Durchsicht des Materials gezeigt haben. Es fragt sich aber, ob nicht diese Details zunächst vor das Forum der einzelstaatlichen Landtage gehören. Ich werde mich in Zukunft hüten müssen, an die Einzelregierungen das Ersuchen um Material zu richten, weil ich den Vorwurf einer Einmischung in die Exekutive vermeiden möchte. (Zuruf der Soz.: Die alte Bureaukratie!) Nein, das ist nicht bureaukratisch, sondern staatsrechtlich richtig. (Sehr richtig! rechts.) Ich bin jedem einzelnen Fall nachgegangen, von denen ich natürlich nicht alle hier vortragen kann. Im ganzen sind mir etwa 100 Fälle mitgeteilt worden. Darunter befinden sich 33, in denen eine Beschwerde zuständigen Ortes überhaupt nicht eingegangen ist. Mit diesen Fällen beschäftige ich mich nicht. (Sehr richtig!) Weiter scheiden für mich 23 Fälle aus, die entweder von Amts wegen oder in der Beschwerdeinstanz im Sinne der Beschwerdeführer erledigt sind. In 20 Fällen haben sich die Beschwerdeführer bei dem ablehnenden Bescheid beruhigt. In die höhere Instanz sind überhaupt nur drei Fälle gekommen. Rechtskräftige Urteile liegen erst 8 vor. In welchem Fall hätte also der Reichskanzler eingreifen sollen? Die meisten Beschwerden beziehen sich auf die Behandlung von Vereinsversammlungen als öffentliche Versammlungen. Wir wollen keinen Kautschukbegriff, aber wir wollen auch nicht unter dem Deckmantel von Vereinsversammlungen Vereinigungen unbegrenzter Personenzahlen. Bis zur rechtskräftigen Entscheidung haben wir aus allen strittigen Versammlungen die überwachenden Polizeibeamten zurückgezogen. (Lebh. Beifall.) Bei den Vereinen wird sorgfältig untersucht, ob sie politisch sind oder nicht. Die polnischen Vereine sind allerdings oft entgegen ihren unpolitischen Vereinszwecken bestrebt, Einfluß auf öffentliche Angelegenheiten zu gewinnen. Beschwerden über Mißgriffe bei der Auswahl der Zeitungen für die öffentliche Bekanntmachung hat der Minister des Innern sofort abgestellt. Zum Schlusse meiner Ausführungen frage ich nochmals, ob der Vorwurf, der in der Interpellation liegt, wirklich begründet ist? (Lebh. Rufe: Nein! Nein!) Wir sind nach jeder Richtung hin bestrebt gewesen, dafür zu sorgen, daß das Gesetz loyal und unparteiisch gehandhabt wird. (Lebh. Beifall.) Belasten Sie nur das Gesetz nicht dauernd mit der Unzufriedenheit über die parlamentarische Situation, unter der es zustande gekommen ist. (Beifall.) Der Sprachenparagraph ist ja für viele ein Stein des Anstoßes (Heiterkeit und Beifall), aber die Polen sind doch nicht die einzigen Deutschen, und trotz des Sprachenparagraphen bedeutet das vielgeschmähte Vereinsgesetz einen großen Fortschritt gerade für die Parteien von der Mitte nach links. (Sehr wahr! rechts.) Für seine loyale Anwendung stehe ich auch in Zukunft ein. (Lebh. Beifall bei der Mehrheit.)

Sächsischer Bundesratsbevollmächtigter Geheimrat Fischer weist Beschwerden gegen die Handhabung des Vereinsgesetzes in Sachsen zurück.

Die Besprechung der Interpellationen vertagt das Haus auf Freitag, 1 Uhr.

Schluß 6½ Uhr.

Ausland.

Eine reaktionäre Verschwörung in der Türkei.

In anderen Staaten sind es zumeist die sozialdemokratischen Parteien, die sich gegen das herrschende Regime auflehnen und gegebenenfalls Unruhen hervorrufen. Die Türkei hingegen wird, seitdem die fortschrittlichen Jung-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090122015/fragment/page=0002

türken die Verfassung durchgesetzt haben, fortwährend von den revolutionären Umtrieben der Reaktion beunruhigt. Wenn schon die türkischen Reaktionäre sich darüber klar sein dürften, daß ihre Umsturzversuche erfolglos bleiben werden, so tun sie doch ihr Möglichstes, um der herrschenden Fortschrittspartei die Arbeit der Reorganisation nach Möglichkeit zu erschweren.

Die Londoner „Daily Mail" bringt jetzt die Nachricht von der Aufdeckung eines großen revolutionären Komplotts, das nicht geringeres, als die Abschaffung der jungen Verfassung und Umstürzung des gesamten Staatswesens anstrebte. Ueber die Einzelheiten des Planes berichtet das englische Blatt:

Zwanzigtausend Personen in allen Teilen des Ottomanischen Reiches sind an dieser Verschwörung beteiligt; wahrscheinlich aber ist die Zahl der Anhänger größer. Es war geplant, sich im richtigen Augenblick des Großwesirs und des Kammerpräsidenten zu bemächtigen und sie als Geisein gefangen zu halten. Darauf wollten die Verschwörer den Sultan zwingen, die Verfassung zu widerrufen und die alten Zustände wieder herzustellen. Für den Fall, daß der Sultan es abgelehnt hätte, ihre Wünsche auszuführen, planten die Verschwörer, den Sultan zu entthronen und einen der reaktionär gesinnten Prinzen des kaiserlichen Hauses auf den Thron zu setzen. Gleichzeitig mit diesem in Konstantinopel geplanten Handstreich sollten Aufstände in verschiedenen Teilen des Reiches ausbrechen. In Mekka sollte ein neuer Kalif proklamiert werden. Durch die vorzeitige Entdeckung der ganzen Verschwörung sind diese gefährlichen Pläne vereitelt worden. Siebzig Personen wurden wegen Beteiligung an dem Komplott verhaftet.

Den Ursprung der Verschwörung, so heißt es in der Meldung weiter, habe man in der Unzufriedenheit vieler Türken mit dem neuen Regime zu suchen. Unter den früheren Zuständen haben Tausende von Korruption, von Raub gelebt, die jetzt ohne „Erwerb" sind. Dazu kommt die große Armee der entlassenen Spione und viele andere Personen, die direkt oder indirekt von dem alten Regime lebten. Alle diese sind mit den jetzigen Zuständen begreiflicherweise unzufrieden.

Die Verantwortung für die Sensationsmeldung wird man bis zum Eintreffen der offiziellen Bestätigung tunlichst der nicht immer ganz zuverlässigen „Daily Mail" überlassen. Daß reaktionäre Umtriebe in der Türkei im Gange sind, unterliegt keinem Zweifel, ob sie jedoch tatsächlich ihrem Umfange nach den Berichten des Londoner Blattes entsprechen, erscheint recht fraglich.

Wachsende Kriegslust in Serbien.

Ueber den am 20. Januar unter dem Vorsitz des Ministers des Aeußern abgehaltenen Ministerrat, dem mit Ausnahme des erkrankten Paschitsch sämtliche Parteichefs beiwohnten, erfährt die „B. Z." folgendes Nähere: In der Konferenz wurde der Text der Note an die Großmächte redigiert, worin das Minimum der serbischen Forderungen, über die sich die Parteichefs einigten, angegeben ist. Die Parteichefs erklärten sich für den Krieg für den Fall, daß diese Forderungen nicht erfüllt werden sollten. Besondere Kriegslust zeigt sich in dem an Bosnien grenzenden Kreise Schabatz, wo die Bevölkerung Waffen und Munition verlangt. Mehrere Geldinstitute haben dem Nationalausschusse für Landesverteidigung größere Beträge zugewiesen und erklärten sich bereit, dem Kriegsministerium weitere Beträge für den Ankauf von Maschinengewehren und Handbomben zu liefern.

Der Prozeß gegen General Alexejew.

In Petersburg begann vor dem Marinekriegsgericht ein Aufsehen erregender Prozeß gegen den russischen General Alexejew, der lange Jahre als Fachmann dem Artillerie-Marinestab attachiert war und nach seiner Verabschiedung im vorigen Jahre mit schwerwiegenden Enthüllungen über Mißbräuche im Marineressort hervortrat. Das Marineministerium fand einen Helfer in dem Ingenieur Rudnitzki, der Alexejew beschuldigt, von ihm, als Vertreter der bekannten englischen Firma Hotchkiß, etwa 20000 Rubel als Lohn für seine Vermittlung bei Erteilung von Staatsaufträgen an Hotchkiß genommen zu haben. Seine Anzeige gegen Alexejew erklärte Rudnitzki damit, daß er sich als Pole durch die Behauptung Alexejews, an der Raubwirtschaft in der russischen Marine seien hauptsächlich die dort angestellten Polen schuld, verletzt gefühlt habe. Alexejew leugnet nicht, von Rudnitzki Geld empfangen zu haben, behauptet jedoch, das Geld sei ehrlich erworben worden als Bezahlung für zwei Erfindungen, die er an Hotchkiß verkauft habe. Der erste Verhandlungstag brachte noch keine Klarheit in die Sache.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 22 Januar.

Der Ankauf des Zoologischen Gartens

ist, wie man uns mitteilt, gestern abend nach langen Beratungen vom städtischen Etatsausschuß beschlossen worden.

14. ordentliche Plenar-Versammlung der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen.

(2. Verhandlungstag.)

Als erster Punkt der Tagesordnung kam das Referat des Herrn Dr. Schmidt-Halle: **„Stellungnahme zu dem Entwurf eines Nachlaßsteuergesetzes"**, zum Vortrag.

Der Vortragende legte dar: Der Kampf um die Nachlaßsteuer dauert noch fort. Der Vorstand der Kammer hat sich bereits mit dieser Steuer eingehend beschäftigt. Wir wollen zunächst mit der Aufnahme dieser Steuer in England und Frankreich uns beschäftigen. In England hat man sich mit der Steuer abgefunden und fühlt sich jetzt ganz wohl dabei. In England beginnt die Steuer mit einem Nachlaß von 2000 Mark, es gibt keinen Unterschied in dem Verwandtschaftsgrade wie bei uns. Die Erbschaftssteuer ist zur Gewohnheit geworden. Das Einkommen wird an der Quelle, wo es entsteht, besteuert. Eine Vermögenssteuer kennt man nicht. In Frankreich besteht eine Nachlaßsteuer seit dem 18. Jahrhundert. Nach der Statistik in Preußen verzinst sich das Kapital auf dem Lande mit 3,5 Prozent; fast viermal so hoch in der Industrie. Das Vermögen in der Landwirtschaft wird somit viermal so schwer betroffen, als in der Industrie. Die Nachlaßsteuer fällt aus, wenn die Grundstücke in den letzten fünf Jahren Gegenstand der Besteuerung gewesen sind. Industrie und Handel sind dabei ausgenommen. In dieser Krisis ist die Nachlaßsteuer eine recht gefährliche Steuer.

Redner tritt schließlich für Annahme einer weiter unten mitgeteilten Resolution ein.

Darauf sprach Herr Oberpräsident Exzellenz Hegel folgendes:

M. H.! Sie haben gewiß alle die Rede des Fürsten Reichskanzlers gelesen, welche derselbe als Ministerpräsident vorgestern im Abgeordnetenhause gehalten hat, in der dargelegt wird, daß die Reichsregierung nach wie vor den größten Wert auf die Annahme der Nachlaßsteuer legt.

Im Hinblick hierauf halte ich es für notwendig hervorzuheben, daß die Resolution, die Ihr Vorstand Ihnen vorschlägt, sich in der Hauptsache darauf beschränkt, in diesem Augenblicke nur nochmals auf die Bedenken hinzuweisen, welche Ihrer Meinung nach der Einführung der Nachlaßsteuer entgegenstehen.

Damit soll, wenn ich die Resolution recht verstehe, anerkannt werden, daß es zuletzt doch wohl politische Erwägungen sein werden, die über das Schicksal der Vorlage entscheiden.

Diese politischen Momente liegen darin, daß möglicherweise das ganze Zustandekommen der von uns allen so sehnlich gewünschten Reichsfinanzreform von der Annahme der Vorlage abhängig sein und sich die Frage dann so stellen wird, auf welcher Seite der größere Nachteil zu erblicken ist: im Scheitern der Reichsfinanzreform oder in Annahme der Nachlaßsteuer.

Es geht, wie Sie mir zugeben werden, über die Aufgaben der Landwirtschaftskammer hinaus, diese Frage zu beantworten, und Sie werden dies getrost Ihren Vertretern im Reichstage überlassen können.

Uebrigens werden dabei doch auch die Vorrechte nicht außer Betracht zu lassen sein, welche — wie der Herr Referent zutreffend hervorgehoben hat — die Nachlaßsteuervorlage gerade der Landwirtschaft einräumt und die vor allem in der ganzen oder teilweisen Befreiung von der Steuer besteht, sofern die land- oder forstwirtschaftlich genutzten Grundstücke in den letzten 5 oder 10 Jahren bereits einmal zu der Steuer herangezogen sind. Ob ähnliche Vorrechte der Landwirtschaft eingeräumt werden können, wenn der Nachlaßsteuer eine Einkommen- oder Vermögenssteuer substituiert werden sollte, ist kaum anzunehmen. Auch haben Sie gehört, daß in England und auch in Frankreich eine viel härtere Nachlaßsteuer wesentlich ohne Bedruck getragen wird.

Indessen darauf kommt es mir hier in erster Linie nicht an. Ich möchte vor allem konstatieren, daß die Landwirtsch ft der Provinz Sachsen sich in ihrem Patriotismus von niemandem übertreffen lassen und zu jedem Opfer bereit sein wird, welches das Vaterland zu seiner Sicherheit und seinem Gedeihen erfordert.

Nach kurzer Debatte wurde folgende Resolution mit großer Majorität angenommen:

Die 14. ordentliche Plenarversammlung der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen stimmt dem Beschluß des Vorstandes, demzufolge der Herr Reichskanzler am 3. November 1908 gebeten worden ist, die Gesetzesvorlage betr. die Nachlaßsteuer nicht an den Reichstag gelangen zu lassen, zu.

Sie hält es zwar für eine nationale Pflicht, der Reichsfinanznot durch Aufbringung neuer Abgaben zu begegnen, glaubt aber, auch jetzt noch bei der Nachlaßsteuer auf die Gefahr, welche aus ihr für die Besitzverhältnisse des Mittelstandes, namentlich des ländlichen, erwächst, nachdrücklich hinweisen zu sollen.

Sodann hielt Herr Landrat von Borries-Herford seinen Vortrag über: **„Empfiehlt sich die Beteiligung der Landkreise sowie der Provinzialversammlung bei der Errichtung elektrischer Ueberlandzentralen?"**

Redner schildert anfangs die Einrichtungen der Elektrizitätswerke in Westfalen und den Zusammenschluß der Konsumenten zu Kommunalverbänden. In Westfalen sind die Vertreter der Städte und Kommunen in die Verhandlungen mit Genossenschaften eingetreten. Zuerst sind günstig und geschlossen Wohnende anzugliedern, dann erst soll man an die Entfernteren herantreten. Durch Beteiligung der Gemeinden wird das Unternehmen einen breiten Boden finden.

Die Verhältnisse in Sachsen sind anders, da hier schon größere Versuche gemacht worden sind. Daher ist eine Beteiligung der Provinzialbehörden viel wahrscheinlicher. Ein Zusammenschluß weist außerordentliche Vorzüge auf durch den Gebrauch von Straßen und Wegen und durch Entgegenkommen des Postfiskus. Redner schloß seine recht ausführlichen Darlegungen damit, daß die Landwirte stets darauf bedacht wären, der Arbeit des Vaterlandes zu dienen.

Herr Direktor Dr. Robl wies auf die hohe wirtschaftliche Bedeutung der Elektrizität auf dem Lande hin. Im Provinziallandtag sei ziemlich hart gekämpft worden. Während die Genossenschaften früher 6 Millionen Mark aufbringen mußten, sind heute 4 Millionen disponibel. Waren es früher acht Genossenschaften, so beschäftigen sich heute 30 Genossenschaften mit dem Problem. Heute gibt es keinen landrätlichen Kreis, in dem sich nicht Interesse für ein Elektrizitätswerk geltend macht. Am zweckmäßigsten wäre es, wenn die Landwirte selbst das Geld aufbringen würden; aber so reich ist unsere Landwirtschaft nicht. Eine Elektrobank zu gründen dürfte nicht das Schlechteste sein.

Vereinigen sich kleine Städte, Landkreise und Güter, so würde zum Bindeglied zwischen Stadt und Land dann das Elektrizitätswerk werden.

Die Landwirtschaftskammer wird den Landwirten gegenüber ihre Pflicht tun und Hilfe und Unterstützung ihnen angedeihen lassen.

Herr Oberpräsident Hegel versprach, dahin wirken zu wollen, daß auch die Staatsregierung sich helfend zur Seite der Landwirtschaft stelle.

Der Herr Landeshauptmann versprach, bei der Provinz dafür einzutreten, daß die Einführung von Ueberlandzentralen bis in das kleinste Dorf stattfindet. Der Provinziallandtag würde den Unterstützungsfonds um 10 Mill. Mark erhöhen.

Nach langer Debatte wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Nachdem bereits die 13. ordentliche Plenarversammlung der Landwirtschaftskammer die hohe wirtschaftliche Bedeutung der Einführung der elektrischen Kraft auf dem platten Lande und die Genossenschaft als die geeignete Form hierfür anerkannt hat, sind in fast allen Teilen der Provinz weitumfassende Projekte zur Errichtung von Ueberlandzentralen und zum Teil bereits Genossenschaften errichtet worden. Um hierbei eine unrationelle Zersplitterung zu verhüten und von vornherein ein der Allgemeinheit dienendes Vorgehen zu sichern,

1. beschließt die 14. ordentliche Plenarversammlung, den Herrn Oberpräsidenten zu bitten, durch Vermittlung der Herren Regierungspräsidenten auf die Mitwirkung der Landkreise bei der Einführung der elektrischen Kraft auf dem Lande nach dem Vorgehen des Saalkreises hinzuweisen.
2. Die Plenarversammlung begrüßt das Vorgehen des Verbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften betreffs der Errichtung einer elektrischen Abteilung und der unparteiischen Raterteilung an die Landwirte der Provinz in elektrotechnischen Fragen.
3. Die Plenarversammlung erkennt an, daß die Genossenschaftsbank im Interesse ihrer Liquidität ohne nachhaltige Unterstützung von anderer Seite nicht in der Lage ist, die jetzt bereits viele Millionen beanspruchenden Projekte durch die Gewährung von langfristigen Amortisationsdarlehen zu finanzieren. Sie empfiehlt daher:
   a) die Gewährung von Bürgschaftsdarlehen seitens der kommunalen Sparkassen unter Bürgschaft an Landkreise bezw. Städte und Gemeinden, welche sich an elektrischen Ueberlandzentralen beteiligt haben;
   b) die Zurverfügungstellung von Darlehen seitens der Provinzialverwaltung, eventl. unter der Bürgschaft der Kreise;
   c) den Ausbau der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse durch Verstärkung ihrer Mittel nach der Richtung hin, daß den provinziellen genossenschaftlichen Zentralkassen die Mitwirkung bei der Errichtung und Finanzierung der elektrischen Ueberlandzentralen ermöglicht wird.

Das letzte Referat hielt Herr Fabrikdir. Dr. Kuntze-Delitzsch. Es lautete: **„Kritische Beleuchtung der derzeitigen Situation und der Aussichten der deutschen Zuckerproduktion."**

Nachdem sich Deutschland entschlossen hatte, so führte der Redner aus, der Brüsseler Konvention beizutreten, machten sich große Verluste der Raffinerien bemerkbar. Aber auch die Rohzuckerindustrie mußte ebenfalls Kalamitäten durchmachen. Als England die Konvention kündigte, blieb Deutschland der Konvention treu.

Um nun die ganz enormen Nachteile zu beseitigen, wurde vom Reichstage beschlossen, die Zuckersteuer von 14 Mark auf 10 Mark herabzusetzen, und zwar vom 1. April d. J. ab. Bei der großen Schwierigkeit der Steuerprojekte sind Stimmen laut geworden, das Gesetz nicht in Kraft treten zu lassen, vielmehr bis 1910 zu verschieben. Der Reichstag will also wortbrüchig werden. Die Landwirte müssen ganz energisch Front dagegen machen. Redner empfiehlt die Annahme einer Resolution, die einstimmig angenommen wurde.

Die Resolution lautet:

Die 14. ordentliche Plenarversammlung der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen steht auf dem Standpunkte, daß die Herabsetzung der Zuckersteuer auf 10 Mark im Interesse der deutschen Landwirtschaft und der Erhaltung der Zuckerindustrie mehr als je dringend notwendig ist.

Sie erhebt deswegen mit aller Entschiedenheit Einspruch ebenso gegen die beabsichtigte Hinausschiebung wie auch gegen eine Wiederaufhebung des Gesetzes vom 19. Februar 1908.

Ferner gelangten noch folgende zwei Resolutionen zur Annahme:

Die 14. ordentliche Plenarversammlung der Landwirtschaftskammer erkennt die große Bedeutung an, welche die Grundwasserstands-Beobachtungen sowohl für die allgemeine Landeskultur und insonderheit für die Sicherung der durch den Bergbau in ihren Erträgnissen bedrohten Ländereien haben.

Sie begrüßt es, daß der Vorstand bereits mit der Einrichtung einer solchen Beobachtungsstelle vorgegangen ist, und erklärt sich mit der Anstellung eines akademisch und technisch gebildeten Beamten zur weiteren sachgemäßen Durchführung dieser Arbeiten zunächst in Angliederung an die Kontrollstation einverstanden.

Sie stimmt dem zu, daß zunächst aus den laufenden Mitteln der Kontrollstation die Unkosten dieser Arbeiten mit der Maßgabe gedeckt werden, daß die beteiligten Landkreise, Gemeinden und Interessenten auch ihrerseits sich an der Aufbringung der Mittel beteiligen.

Sie beschließt, den Herrn Minister zu bitten, in Anbetracht der großen Bedeutung dieser Maßnahme für die Allgemeinheit den Beitrag dazu aus Staatsmitteln von 2000 auf 4000 Mark erhöhen zu wollen.

Die 14. ordentliche Plenarversammlung der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen erblickt in jeder stärkeren Belastung des Trinkbranntweins eine schwere Gefährdung der Landwirtschaft und insbesondere derjenigen des leichten Bodens, und hält die nach der Regierungsvorlage aufzubringende Abgabe für zu hoch, wenn selbst der Geldbedarf des Reiches eine weitere Belastung des Branntweinverbrauchs erforderlich machen sollte.

Die in dem Entwurfe zum Schutze der Brennereien Bayerns, Württembergs und Badens und der Kleinbrennereien vorgesehenen Ausnahmen und Begünstigungen sind gegenüber der Behandlung der anderen Brennereigattungen, namentlich der Kartoffelbrennereien des leichten Bodens, als viel zu weitgehend anzusehen. Die Plenarversammlung verzichtet auf Gegenvorschläge, weil in der vorgeschlagenen Form des Monopols, aber nur in dieser, die Möglichkeit zu solchen einseitigen Begünstigungen gegeben ist, ohne daß dadurch schwere und nachteilige Rückwirkungen auf die Kartoffelbrennereien derjenigen Gegenden eintreten, die schon im Jahre 1887 bei der Einführung der Verbrauchsabgabe durch den Verbrauchsrückgang und die dadurch bedingte Einschränkung der Erzeugung die schwersten Verluste erlitten haben. Unter jeder anderen Form einer abgeänderten Steuergesetzgebung und neuen Belastung des Trinkbranntweins müßte ein rücksichtsloser Kampf der Brennereien unter einander, und eine dauernde Unrentabilität des Betriebes mit allen ihren verhängnisvollen Folgen für die Bodenkultur eintreten.

Darauf wurde die Versammlung vom Präsidenten der Kammer geschlossen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090122015/fragment/page=0003

Freitag den 22. und Mittwoch den 27. Januar

Tulpe. Souper-Musik

im Wein-Restaurant.

Zu Kaisers Geburtstag

gewählte Fest-Diners und Soupers.

Volksbildungsverein. Mozartaufführung.

Mit dem bereits angekündigten Mozartabend am 22. Januar (Thalia-Festsäle, Beginn 8¼ Uhr) hofft der Volksbildungsverein seinen Mitgliedern etwas ganz besonderes zu bieten.

Außer der Mozartschen Jugendoper „Bastien und Bastienne" kommen Mozartsche Lieder und mehrere Perlen von Mozarts Instrumentalmusik wie der „Deutsche Tanz" und das zierliche, durch Burmester so beliebt gewordene, „Menuett" zum Vortrag. Das Orchester, das unter der Leitung des Herrn Dr. Preibisch steht, spielt u. a. die reizende Serenade „Eine kleine Nachtmusik". Alle Freunde Mozartscher Kunst werden diesen Abend mit Freuden begrüßen.

Da Gäste (Eintrittspreis 1 Mk.) erst von 8 Uhr ab Zutritt haben, so empfiehlt es sich für die Mitglieder sehr, sich vor dieser Zeit einen Platz zu sichern. Ferner sei darauf aufmerksam gemacht, daß infolge des außerordentlich starken Besuches der Veranstaltungen, der Zutritt mit Garderobe nicht mehr gestattet werden kann, sie muß ausnahmslos gegen die geringe Gebühr von 10 Pfg. abgegeben werden.

Neue strenge Kälte?

Der dumpfe Nebel wurde von kalter, schöner Witterung abgelöst und wie es scheint, wird dieses Wetter anhalten. Dazu geht uns der Bericht eines Meteorologen zu, der folgende Berechnung aufstellt:

Unter normalen Verhältnissen sind in unseren Breiten in der zweiten Julihälfte die höchsten Wärmegrade, in der zweiten Januarhälfte die höchsten Kältegrade zu erwarten; auch dürfte bekannt sein, daß Kälteperioden, wie wir sie auch in den letzten Monaten des Jahres 1908 zu verzeichnen hatten, bei fortschreitender Winterszeit in verstärktem Maße und in gewissen Zeiträumen sich wiederholen; und zwar gilt auch hier wiederum die zweite Januarhälfte als Höhepunkt für unseren Winter. Aus dem Gesagten, und im Hinblick darauf, daß wir schon im Dezember 1908 bis 16 Grad C. erlebt haben, geht hervor, daß wir auch in diesem Monat mit großer Wahrscheinlichkeit eine Periode strengen Frostes (18 bis 20 Grad C.) zu erwarten haben, zumal der bisher verlaufene Januar die normale Durchschnittstemperatur übersteigt.

Warten wir ab, ob der wetterkundige Prophet recht behält.

Telemaque Lambrino absolvierte vorgestern einen Klavierabend in Bremen, dem dasselbe Programm zugrunde lag, welches der Künstler auch heute Abend in seinem hiesigen Konzert vortragen wird. Ueber den Verlauf des Bremer Konzertes geht uns soeben ein begeisterter Bericht zu, in dem es u. a. heißt: „. . . aber vor der imposanten geistigen Größe seines Spiels tritt seine gewaltige Virtuosität fast ganz in den Hintergrund. Man denkt bei seinem Spiel eben gar nicht an ihn; denn mit suggestiver Kraft zwingt er den Hörer in den Ideengang des vorgetragenen Werkes. Und das kennzeichnet ihn eben als einen ganz Großen, Gottbegnadeten." —

Kaufm. Verein für weibl. Angestellte, E. V. Am Freitag, den 18. Januar, fand die erste diesjährige Monatsversammlung im Heime des Vereins, Gr. Ulrichstr. 16, statt. Bei dieser Gelegenheit wiederholte Herr Lic. Baumann seinen im Deutschen evangel. Frauenbund gehaltenen Vortrag. Herr Lic. Baumann, der aus eigener Anschauung über Leben und Stellung der Frauen im heutigen und alten Palästina sprach, wußte sehr fesselnd zu berichten, und mit lebhaftem Interesse folgten die zahlreichen Hörerinnen seinen Ausführungen. — Die nächste Mitgliederversammlung findet am 29. Januar abends 8½ Uhr im Heime statt. An diesem Abend wird die Vorsitzende, Frl. Beauvais, sprechen über „Volkswirtschaft".

Provinzial-Nachrichten.

Vom Parseval III.

Bitterfeld, 20. Jan. Die Arbeiten an dem neuen hier stationierten „Parseval III" sind schon sehr weit vorgeschritten. Augenblicklich wird die Gondel, in die die 100 PS-Motoren schon eingebaut sind, für den Transport von Oberschönweide, wo sie sich jetzt noch befindet, nach hier hergestellt. Es handelt sich dabei nur noch um die Montage, da sämtliche anderen Arbeiten bereits vollendet sind. Die Größenmaße der Propeller und der Motorübertragungen sind bei dem neuen Ballon recht bedeutende. Während die neuen Propeller einen Durchmesser von 4,2 Meter haben, ist die Uebertragung vom Motor auf die Schrauben derartig eingerichtet, daß 4 Motorumdrehungen eine Umdrehung der Luftschiffschrauben bewirken. Das Luftschiff ist mit 2 der 100 PS-Motoren versehen.

Der Termin des ersten Aufstieges ist noch nicht festgestellt. Wenn die Arbeiten weiter so fortschreiten, dürfte er im April oder Mai stattfinden.

Die Rache des Gesellen.

Leipzig, 21. Jan. In der Wohnung des Bäckermeisters Agricola in der Ludwigstraße zu Leipzig-Volkmarsdorf feuerte heute vormittag der daselbst beschäftigte, aus Bitterfeld stammende 18jährige Bäckergeselle Friedrich Polet mehrere Revolverschüsse auf die Familie des Meisters ab. Die Ehefrau wurde durch einen Schuß in den Rücken schwer verletzt. Die 18jährige Tochter erhielt einen Schuß durch die Kleidung, blieb aber unverletzt. Der fliehende Täter gab noch mehrere Schüsse ab, ohne jedoch jemand zu treffen. Der Täter wurde verhaftet.

Die „Leipziger Abendzeitung" erfährt zu dem Vorfall die folgenden Einzelheiten: Der Bäckergeselle Friedrich Otto Polet, geboren 3. März 1891 in Bitterfeld, war seit etwa vier Monaten bei dem Bäckermeister Agricola in Stellung. Er ist ein unscheinbarer, schmächtiger Mensch. Da er sich etwas gewalttätig erwies, sollte er schon zu Weihnachten entlassen werden. Auf seine Bitte behielt man ihn aber bis jetzt, indessen war ihm gekündigt worden. Der Verlust seiner Stellung ließ in dem Burschen Rachepläne reifen, und schon wiederholt stieß er die Drohungen aus. Heute früh machte er sie wahr: Aus einem Revolver gab er einen Schuß auf Frau Agricola und einen anderen auf ihre Tochter ab. Dann flüchtete er aus dem Wohnzimmer auf den Hof. Hier feuerte er, ohne zu treffen, auf einen Kutscher, der ihn aufhalten wollte. Dann eilte Polet nach seiner Kammer, warf sich auf den Boden und fingierte einen Ohnmachtsanfall. Man gab dem Burschen eine gehörige Tracht Prügel, dann wurde er von der Polizei abgeführt.

Die Schußwaffe!

? **Wasserleben**, 21. Jan. Ein betrübender Vorfall, der einem Familienvater das Leben kostete, setzte, wie schon kurz mitgeteilt, am Sonntag morgen unsern Ort in Aufregung. Der Arbeiter Strebe wurde in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag gegen 3 Uhr von dem Maurer Stechhahn mit einer Stockflinte in seiner eigenen Wohnung erschossen.

Ueber den Vorfall selbst wird noch mitgeteilt, daß Stechhahn mit einigen Bekannten gezecht habe. Er sei dann mit diesen in der Nacht unter Mitnahme einer Flasche Schnaps nach dem sogenannten Odorse gegangen, um dort einem Freunde einen Besuch abzustatten. Dieser aber wollte nichts mehr mit ihm zu tun haben und da seien sie weitergegangen bis zu Strebes Wohnung und haben ihn herausgeklopft. Strebe hat dann auch die Gäste in seine Küche gelassen und ist von ihnen aufgefordert, Schnaps mitzutrinken. Als er sich weigerte, sagte Stechhahn, wenn du nicht trinkst, schieß ich dich tot, nahm die Stockflinte und legte auf Strebe an; der Schuß ging los und Strebe lag tödlich in die Schläfe getroffen am Boden. Jedenfalls war Stechhahn der Meinung, daß die Waffe nicht geladen sei. Angesichts dieses Ausganges seines leichtsinnigen Handelns machte Stechhahn einen Selbstmordversuch, der aber mißlang. Er ist sogleich verhaftet.

Wahnsinnstat einer Wöchnerin.

? **Göttingen**, 21. Jan. In der Universitätsklinik warf eine geisteskranke Wöchnerin ihr Kind aus dem zweiten Stockwerk und sprang hinterher. Mutter und Kind waren sofort tot.

§ **Leißling**, 20. Jan. (Hoher Jagdpreis.) Bei der heutigen Jagdverpachtung wurde Bestbietender Bankier Loptizsch-Weißenfels mit 2260 Mark. Das Angebot betrug 1000 Mark, der bisherige Preis 1050 Mark.

:: **Sangerhausen**, 21. Jan. (Ein Unhold.) Der arbeitslose Bäckergeselle Arthur Hauthal von hier ist beschuldigt, sich mehrfach gegen § 176[1] Str.-G.-B. strafbar gemacht zu haben. Er wurde verhaftet und nach seiner polizeilichen Vernehmung an das Amtsgericht hierselbst abgeliefert.

— **Stolberg**, 21. Jan. (Beim Rodeln) stürzte Bürgermeister Dr. Pampel und erlitt einen Beinbruch.

— **Dahlen**, 20. Jan. (Brand.) Gestern brannte das zu der Gräfensteiner Ziegelei gehörige Wohnhaus bis auf die Umfassungsmauern nieder. Die Bewohner befanden sich im festen Schlafe und mußten sich durch die Fenster retten. Sämtliches Mobiliar ist versichert.

Vermischtes.

Ermordung des Bürgermeisters von Marienburg.

Ein verwegenes Attentat ist in der alten Ordensstadt stadt Marienburg in Westpreußen auf den zweiten Bürgermeister verübt worden. Gegen abend drang in das Bureau des Zweiten Bürgermeisters Dr. Kunze der Ortsarme und invalide Arbeiter Hein und stach Dr. Kunze mit einem Messer in der Nähe des Auges ins Gesicht. Der Schwerverletzte ist seinen Wunden erlegen.

Der Mörder, der 34 Jahre alte frühere Holzarbeiter Friedrich Hein, dem infolge einer Messerstecherei ein Bein amputiert werden mußte, und der deshalb Ortarmer der Stadt Marienburg ist, hatte am Dienstag eine städtische Armenunterstützung von sechs Mark erhalten. Nachmittags kam Hein in das Bureau des Zweiten Bürgermeisters Dr. Kunze und ersuchte um Erhöhung seiner Unterstützung. Dr. Kunze beschied ihn abschlägig und verwies ihn an den Ersten Bürgermeister. In diesem Augenblick zog Hein ein Messer aus der Tasche, das er sich auf der Straße von einem ihm bekannten Arbeiter geliehen hatte, und stieß es mit großer Wucht in das Gesicht des Bürgermeisters. Der Stich drang neben dem Auge in das Gehirn. Dr. Kunze wankte, die Hand vor das Gesicht haltend, zur Polizeiwache, die sich im Erdgeschoß des Rathauses befindet. Auf dem Korridor wurde er von dem herbeieilenden Kastellan aufgefangen und brach dann besinnungslos zusammen. Die sofort herbeigerufenen Aerzte ordneten die Ueberführung des Erstochenen in das städtische Krankenhaus an. Dr. Kunze war infolge des großen Blutverlustes aber schon so schwach geworden, daß er nicht mehr zur Besinnung kam. Es gelang zwar, die Blutung zu stillen, er verschied aber nachts um zwei Uhr, da die Spitze des Messers ins Gehirn gedrungen war. Der Täter ließ sich ruhig verhaften.

Erdbeben in Kleinasien.

Dienstag ist die kleinasiatische Küste von einer Erdbebenkatastrophe heimgesucht worden, die bedeutenden Schaden verursachte und der auch Menschenleben zum Opfer gefallen sein dürften. Das Erdbeben war ungemein heftig. Der Ort Futscha unweit der Stadt Aidin wurde von dem Beben vollständig vernichtet. 679 Häuser sind dort eingestürzt. Die Verluste an Menschenleben sind bisher nicht bekannt. Acht Verschüttete wurden bisher aufgefunden. Gestern haben sich die Erdstöße wiederholt.

Das Erdbeben, das in der Dienstagnacht die kleinasiatische Küste heimsuchte, wurde auch in Konstantinopel wahrgenommen. Verschiedene schwache Erdstöße erschreckten die Bevölkerung außerordentlich, richteten aber keinen Schaden an. Aus Menemen bei Smyrna wird berichtet, daß der Erdstoß zehn Häuser niederwarf, wobei eine große Anzahl Personen unter den Trümmern begraben wurden; während 17 tot aufgefunden wurden, erlitten 40 schwere Verletzungen. In Nova-Phochia und in dem nahegelegenen Fogliari blieb kein Haus unbeschädigt. Ueber die Anzahl der Opfer der Katastrophe fehlt aus diesen Orten jedoch noch Mitteilung. Die türkischen Behörden haben sofort Truppen und Aerzte von Smyrna aus nach den betroffenen Gebieten abgesandt.

Brandkatastrophe in Chicago.

Bei dem Neubau des Wasserwerkes in Chicago hat sich ein schweres Brandunglück ereignet, dem zahlreiche Menschenleben zum Opfer gefallen sind. Die Katastrophe ereignete sich unweit des Michigansees und 2½ Kilometer von Chicago entfernt bei dem Oberbau des neuen Wassertunnelschachtes. Dreiundfünfzig Personen wurden getötet, zweiundvierzig schwer verletzt. Das Unglück wurde kurz vor dem Morgenschichtwechsel durch eine Dynamitexplosion verursacht. Die meisten Arbeiter schliefen in Holzbaracken. Viele wurden in Atome zerrissen. Andere sprangen nackt aus den Betten in die eisigen Fluten. Die Kälte war so groß, daß mehrere mit der Haut an den treibenden Eisschollen anfroren. Beim Tunnelschachtausgang fand man 18 Leichen aufgetürmt.

Ein brutaler Mord ist in der Nähe von Kottbus verübt worden. Auf dem Rittergute Leuten bei Kottbus weilte bei dem Inspektor Rouleaux dessen Nichte Frida Röhricht zum Besuch. Sie wollte die Wirtschaft erlernen und hatte jeden Morgen die Milchkannen zu versiegeln, die nach Kottbus geschickt wurden. Täglich pflegte sie gegen sechs Uhr in den Keller zu kommen, um dort ihrer Beschäftigung nachzugehen. Als heute morgen die jungen Schweizer zur Arbeit antraten und die sonst zur Versendung bereit stehenden Milchkannen abholen wollten, fanden sie das sechzehnjährige Mädchen mit durchschnittener Kehle im Keller des Wirtschaftsgebäudes tot auf. Die Ermordete stammte aus Harmsdorf. Von dem Täter fehlt noch jede Spur.

Letzte Nachrichten.

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich.

Paris, 21. Jan. Hier sagt man, es sei zwischen der deutschen und französischen Regierung ein Abkommen getroffen worden, alles zu vermeiden, was die öffentliche Meinung alarmieren könnte. Auch die Presse sei in diesem Sinne beeinflußt worden.

Deutschlands Marokko-Politik.

Madrid, 21. Jan. Das Abendblatt „Mundo" bringt einen angeblich aus authentischer Quelle stammenden Bericht aus Berlin, daß Deutschland zugunsten der französischen Bewegungsfreiheit auf jede aktive Politik in Marokko verzichtet habe. Als Aequivalent seien Deutschland verschiedene wichtige wirtschaftliche Zugeständnisse gemacht worden.

Aus der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 21. Jan. Die Regierung erklärte durch den Finanzminister Freiherrn von Rheinbaben, daß sie an der Gesellschaftssteuer nicht unbedingt festhalte; ebenso würde sie im Falle der Ablehnung der Steuerzuschläge für 1908 kein „Unannehmbar" aussprechen. Schließlich wurde vorgeschlagen, die Steuerzuschläge nur provisorisch für die Dauer von zwei Jahren zu erheben. (Siehe auch unter Parlaments-Nachrichten.)

Kaiser Franz Josef und das Parlamentspräsidium.

Wien, 21. Jan. Beim Empfange der neuernannten Präsidenten sprach der Kaiser mit dem sozialistischen Vizepräsidenten Pernstorfer über die Aufgaben des Parlaments und verwies auf die Eisenbahn-Verstaatlichung und die soziale Versicherung. Auch mit den übrigen Erschienenen sprach der Kaiser, und erwähnte u. a. den Landtag in Krain. Längere Zeit unterhielt er sich mit dem Präsidenten Weitzkirchner. Am Ende des Empfanges sagte er, er habe sich sehr gefreut, das Präsidium zu sehen.

Die Lage in Oesterreich-Ungarn.

Prag, 21. Jan. Wie tschechische Blätter wissen wollen, soll die Situation des Ministerpräsidenten Baron Bienerth eine kritische sein. Die deutschen Parteien seien entschlossen, denselben zu stürzen.

Budapest, 21. Jan. Trotz der offiziösen Ableugnungen konstatieren die meisten hiesigen Blätter, daß die Lage eine äußerst schwierige sei und daß dieselbe kritisch zu werden drohe. Die Berufung einer ganzen Reihe von ungarischen Politikern zum Kaiser sei bevorstehend.

Zur Boykottbewegung in der Türkei.

Konstantinopel, 21. Jan. Wie die „Jeni Gazetta" meldet, haben die Chefs der Lastträger und der Leichterschiffe dem Boykottsyndikat erklärt, daß sie, insolange die Entente zwischen Oesterreich-Ungarn und der Türkei nicht offiziell publiziert worden sei, den Boykott nicht beendigen könnten.

Die Bandenführer als Polizeibeamte.

Saloniki, 21. Jan. Die ehemaligen Bandenführer Sandansky und Panitza sollen hohe Posten bei der türkischen Polizei erhalten, damit deren agitatorische Tätigkeit eingestellt wird.

*

Griechen und Türken.

Konstantinopel, 21. Jan. Aus Saloniki wird gemeldet, daß es zwischen Griechen und Türken zu blutigen Zusammenstößen kam. Von Monastir entsandte Kavallerie stellte die Ruhe wieder her.

Zur Erdbebenkatastrophe.

Rom, 21. Jan. Der „Popolo Romano" schreibt, daß 130 000 Ueberlebende aus Sizilien und Calabrien zurzeit von der öffentlichen Mildtätigkeit lebten, was einen täglichen Kostenaufwand von 900 000 Lire verursache. Dieser Zustand ist auf die Dauer unhaltbar und gefährlich. Es sei an der Zeit, mit den Aufräumungsarbeiten zu beginnen.

Unterhaltungsblatt.

Sündige Mütter. Roman von Anny Wothe. (Fortsetzung.) — Heimkehr. Erzählung von A. M. Witte. — Bunte Zeitung. Aus Segantinis Leben. „Die Bestie im Menschen." — Literatur.

Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Sport: Eugen Brinkmann; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Handelsteil: Erwin Alexander-Katz; für den Inseratenteil: Friedrich Endrulat; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. — einschließlich „Unterhaltungsblatt").

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090122015/fragment/page=0004

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Das neue japanische Finanzprogramm,

mit dem sich das gestern in Tokio zusammentretende Parlament beschäftigen wird, hat im wesentlichen folgenden Inhalt:

Nach dem Budgetvorschlage für 1909/1910 betragen im Ordinarium die Einnahmen 471 0000 000 Yen (gegen 439 000 000 Yen im Vorjahre), die Ausgaben 401 000 000 Yen (gegen 395 000 000 Yen im Vorjahre). Im Extraordinarium sind die Einnahmen mit 45 000 000 Yen (im Vorjahre 144 0000 000), die Ausgaben mit 115 000 000 Yen (im Vorjahre 159 000 000) veranschlagt. Nicht einbegriffen sind hierin Einnahmen und Ausgaben der Eisenbahnen, die von dem laufenden Finanzjahr an, getrennt von dem allgemeinen Budget. In besonderer Rechnung geführt werden. Da die Regierung den Grundsatz vertritt, dass dauernde Ausgaben durch die dauernden Einnahmen gedeckt werden müssen, werden die Ausgaben für das Fernsprechwesen und die Eisenwerke usw., die bisher durch eine Anleihe bestritten wurden, von nun an durch die ständigen Einnahmen ausgeglichen werden. Eine neue Anleihe wird nicht ausgegeben, mit Ausnahme einer solchen für die Werke auf Formosa, die jedoch nicht auf den Markt gebracht, sondern durch besondere Mittel beschafft werden soll.

Die jährliche Rate für die Schuldentilgung soll erhöht werden. Es sollen hierfür in Zukunft jedes Jahr mindestens 50 800 000 Yen aufgewendet werden. Im Budget für 1909/1910 sind für den Staatsschuldenkonsolidierungfonds insgesamt 183 000 000 Yen vorgesehen, von denen für Schuldentilgung der obengenannte Mindestbetrag von 50 800 000 Yen ausgeworfen ist. Vom nächsten Jahre ab soll überdies der Betrag für die Schuldentilgung jährlich um so viel erhöht werden, als durch die Rückzahlungen der früheren Jahre an Zinszahlungen gespart wird. Diese Massnahme wird die Regierung instandsetzen, innerhalb der auf 1909/1910 folgenden 27 Jahre die gesamte sich auf 2 600 000 000 Yen belaufende Staatschuld einschliesslich der Anleihe für die Verstaatlichung der Eisenbahnen zu tilgen. Um dieses Ziel erreichen zu können, hat die Regierung verschiedene Arbeiten vertagt und an den Verwaltungausgaben Abstriche in Höhe von 5 300 000 Yen gemacht. Die Regierung rechnet ferner damit, dass die Ausgaben nud die dauernden Einnahmen in Zukunft dieselben sein werden wie in 1909/1910. Einnahmen und Ausgaben jedes Jahres nicht nur belanzieren, sondern mit einem Einnahmeüberschuss abschliessen werden, der in manchen Jahren über 20 000 000 Yen hinausgehen wird. Da die tatsächlichen Einnahmen aus Steuern und öffentlichen Unternehmungen die Neigung zeigen, in jedem Jahre über die Schätzung hinauszugehen, so kann nach Ansicht der Regierung von 1909/1910 an aus diesen Quellen eine jährliche durchschnittliche Mehreinnahme von mehr als 15 000 000 Yen gegenüber den Jahren vorher angenommen werden.

Die Regierung ist, so betont das offiziöse Exposé, weit davon entfernt, sich der Notwendigkeit einer Steuerreform zu verschliessen, sie beabsichtigt jedoch zunächst alle Aufmerksamkeit der Schuldentilgung zuzuwenden, um die Finanzen des Landes auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Im Anschluss daran soll zu einer Steuerreform geschritten und diese mit möglichster Sorgfalt innerhalb weniger Jahre durchgeführt werden. Die Einnahmen der Eisenbahnen, deren Finanzen vom allgemeinen Budget ganz unabhängig gemacht werden sollen, werden in Zukunft nur für die Tilgung des Anleihekapitals und die Zinszahlung, sowie für Neubauten und Verbesserungen der Eisenbahnen Verwendung finden. Für 1909/1910 sind diese Einnahmen auf 38 000 000 Yen veranschlagt, von denen 29 900 000 Yen durch die Eisenbahnschuld beansprucht werden, während der Betrag von 600 000 Yen an den Reservefonds abgeführt wird. Die übrigen 7 500 000 Yen werden für Bauten und Verbesserungen verwendet, die insgesamt 29 000 000 Yen erfordern. Der hierzu fehlende Betrag soll durch eine Anleihe bei der Depositen-Abteilung der Regierung gedeckt werden.

Berliner Börse. Bei Schluss der gestrigen Börse notierten: Kredit 198, Diskonto 182,30, Deutsche Bank 243,62, Kanada 176,50, Paketfahrt 113,75, Nordd. Lloyd 93,50, Russische Anleihe von 1902 83,25, Laurahütte 200,40, Bochumer Guss 223,62, Harpener 193,75, Gelsenkirchen 189,50, Berliner Handelsgesellschaft 170,62, Baltimore 111,25, Phönix 176,50, Dresdner Bank 148,75, Schaaffhausen 134, Lombarden 18, A. E.-G. 223,12, Siemens & Halske 201,62, Deutsche Uebersee 149,10. — Tendenz: Ziemlich fest.

Auf dem Kassamarkt notierten höher: Panzer 6, Bodenges. Kurfürstendamm 25 M., Teltow Kanal 2, Terrain Südwest 2, Basalt Akt. 2, Berl. Holz-Comptoir 5,50, Deutsche Gasglühlicht 7,75, Neue Photograph. Ges. 2, Ver. Dampfziegeleien 2, Vogel 2,0, Nordd. Steingut 2, Westdeutsche Jute-Spinnerei 2, Glauzig Zucker 2,60, Kruschwitz Zucker 2, Thomée 2; niedriger: Dürkopp 3,50, Howaldtswerke 1,25, Linke 2,90, Julius Pintsch 2, Wanderer Fahrrad 2, Hotelbetriebsges. 4, Braunschweiger Jute 2, Osnabrücker Kupfer 4, Rhein.-Nassau 2,30.

Londoner Börse vom 21. Jan. Es notierten: Engl. Konsols 83,56, Rio Tinto 77,25, Geduld 2,75, Goldfields 4,75, Steel com. 53,6?, Steel prefs. 116,37, Rand Mines 7,87, Anaconda 9,56.

Domizil des Kalisyndikats. Eine Stassfurter Deputation hat beim Minister für Handel und Gewerbe wegen Belassung des Syndikats-Domizils in Stassfurt petitioniert.

Nach Informationen des „Börsen-Couriers" hat der Minister die Petenten an die zuständige Syndikats-Kommission verwiesen, welche in diesen Tagen in Berlin unter Vorsitz des Geheimen Justizrats Kempner verhandelt. Für die Verlegung des Syndikats-Domizils nach Berlin liegt bereits umfangreiches Material vor.

Aus der Braunkohlen-Industrie. Die Niederlausitzer Brikett-Verkaufs-Gesellschaft hat nunmehr die Preise für das neue Geschäftsjahr festgesetzt. Die Preise für Salonbriketts erster Marken sind danach auf der alten Basis geblieben. Dagegen sind die Preise für zweite und dritte Qualitäten, sowie für Industriebriketts je nach Frachtlage und unter Berücksichtigung der Marktlage, sowie der allgemeinen Verhältnisse um 2—10 Mk. herabgesetzt worden. Der Geschäftsgang wird als verhältnismässig recht gut bezeichnet.

Ein grosses Kaliwerk an der Aller. Der „Voss. Ztg." wird geschrieben: In den leitenden Kreisen der Gewerkschaft Rudolphus wird der Gedanke allen Ernstes erwogen, die umfangreiche Gerechtsame des Unternehmens in der Weise möglichst vorteilhaft auszunutzen, dass man auf grosszügiger Grundlage eine zusammenhängende Anlage schafft, deren Ausdehnung den grossen Kalischätzen einigermassen Rechnung trägt, die in einer grossen Anzahl von Bohrungen erschlossen sind. Rudolphus besitzt zwischen Aller und Weser im Kreise Verden eine sich weithin nach Süden und über die Allee nach Osten erstreckende Gerechtsame, von der kürzlich ein Teil der Gewerkschaft Roland in Hildesheim zum Verkauf gestellt war. Die Verhandlungen mit diesem Unternehmen, die schon ziemlich weit gediehen waren, haben sich indessen zerschlagen. Da sich somit Rudolphus bei der Verwertung der grossen Gerechtsame auf sich selbst angewiesen sieht, trägt man sich in den leitenden Kreisen mit dem Plane, die Gerechtsame auf zwei Gewerkschaften zu verteilen, zumal sie aus zwei auseinander liegenden Komplexen besteht. Jedes dieser beiden Unternehmungen soll dann in dem ihm zugewiesenen Felde eine Doppelschachtanlage niederbringen, so dass vier neue Kalischächte geschaffen werden sollen. Da die Behörde bereits die Erlaubnis zum Betriebe von zwei Chlorkaliumfabriken gegeben hat, will man unter den gegebenen Umständen diese für einen grossen Fabrikbetrieb zusammenfassen. Der Fabrikbetrieb soll dann zwischen Hülsen und Ahnebergen in der Nähe des Dorfes Westen angelegt werden. Die beiden Doppelschachtanlagen würden in die Gemarkungen Ahnebergen und Hülsen verlegt werden. Die Bestimmungen gehen indessen dahin, dass der eigentliche Schachtbau in diesem Jahr noch nicht aufgenommen werden soll. Die Geldverhältnisse der Gewerkschaft erscheinen zur Zeit befriedigend. Durch Zahlung der Wartegelder, die für die 7100 Hektar grosse Gerechtsame 17 000 Mk. jährlich betragen, und der Bohrhonorare für die letzten Bohrarbeiten sind die Bankschulden auf 30—40 000 Mk. angewachsen. Eine Zubusse wird jedoch vor Mai oder Juni kaum in Frage kommen; sollte sie nach dieser Zeit erforderlich werden, so soll sie dann höchstens 50 Mk. betragen für den Kux. Im nächsten Jahre werden die Arbeiten für die Schachtanlagen beginnen.

Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen in Berlin. Die neuen 4proz. zu pari einlösbaren Teilschuldverschreibungen der Gesellschaft im Betrage von 15 Millionen Mk. sollen am Sonnabend, den 23. d. M., und nicht, wie verschiedentlich gemeldet wurde, heute zum ersten Male zur Notiz gelangen. Von den Teilschuldverschreibungen sind 10 Millionen Mark am 16. d. zum Kurse von 97,50 Proz. zur Subskription aufgelegt worden.

Die Akt.-Ges. vorm. H. Gladenbeck & Sohn teilt jetzt mit, dass die Reorganisation der Gesellschaft zur Durchführung gelangt sei. Das Grundkapital, das 1 000 000 Mk. betrug, ist auf 250 000 Mk. herabgesetzt und um 350 000 Mk. erhöht worden, beträgt also nunmehr 600 000 Mk. Der sich aus der Kapitalsreduktion ergebende Buchgewinn von 750 000 Mk. wird nach Tilgung der Unterbilanz zu Abschreibungen verwendet. Aus den der Gesellschaft durch die Kapitalserhöhung zugeflossenen Mitteln werden die Bankschulden im Betrage von rund 260 000 Mark getilgt, wodurch sich die Zinsenlast der Gesellschaft vermindert, während der Rest zur Verstärkung der Betriebsmittel dient. Für das Geschäftsjahr 1908 nimmt die Verwaltung die Verteilung einer Dividende von 4 Proz. in Aussicht.

Umwandlung der Sedlmayr-Brauerei in eine Aktiengesellschaft. Die bekannte Sedlmayrsche Brauerei zum Franziskanerkeller in München, die sich bisher im Alleinbesitz des Geheimen Kommerzienrats Gabriel Sedlmayr befand, ist in eine Aktiengesellschaft unter der Firma Jos. Sedlmayr-Brauerei zum Franziskanerkeller Akt.-Ges. umgewandelt worden. — Die Gründung ist eine Familiengründung. Das Aktienkapital in Höhe von 4 Millionen Mark haben die Gründer der Gesellschaft voll übernommen. Der erste Aufsichtsrat besteht aus: Geheimer Kommerzienrat Gabriel Sedlmayr als Vorsitzender, Justizrat Philipp Grimm als stellvertretenden Vorsitzenden, Kommerzienrat Josef Haindl, Kommerzienrat Karl v. Günther. Vorstand der Aktiengesellschaft ist Kommerzienrat Karl Probst. Als Verwaltungs- und Betriebsorgane, sowohl im technischen als im kaufmännischen Teil des Geschäftes, verbleiben die gleichen Persönlichkeiten, die bisher schon darin tätig waren. Die neue Gesellschaft übernimmt die Brauerei an der Hochstrasse und deren Betrieb, rückwirkend ab 1. September 1908. Die von der Brauerei getrennten Wirtschaftsanwesen behält der Vorbesitzer der Brauerei, doch übernimmt die Aktiengesellschaft die Bierlieferung für sie und deren Verwaltung.

Konkurs Pfingst. In der gestrigen Gläubigerversammlung stand die Wahl des Gläubigerausschusses zur Verhandlung. Das Resultat der Abstimmung dürfte in den nächsten Tagen bekannt gegeben werden. Sodann wurde über die Art und Weise, in der der Verkauf des Lagers vor sich gehen solle, beraten, und vom Konkursverwalter Dielitz hierzu bemerkt, seines Erachtens würde ein Einzelverkauf nicht zu einem guten Resultat führen. Trotzdem war man in Kreisen der Gläubiger vielfach für einen solchen eingenommen. Seitens verschiedener Gläubiger wurde der Wunsch ausgesprochen, das Lager unter keinen Umständen wieder in die Hände des Herrn Cohn gelangen zu lassen.

Waren und Produkte.

Bericht der Landwirtschaftskammern für die Provinz Sachsen und das Herzogtum Anhalt

über tatsächlich erzielte Preise für Getreide und Hülsenfrüchte vom 21. Jan 1909

Kreis	Preis pro 100 Kilogramm: Weizen Mk.	Roggen Mk.	Gerste Mk.	Hafer Mk.	Erbsen Mk.
Aschersleben, St.	19,40-20,30	16,30-16.60	17,20-20,30	16,60-17,00	26,00-28,00
Bernburg	20,30	—	19,70		—
Delitzsch	19,20-19,70	16,40-17,20	20,00-20,60	16,00-16,60	—
Dessau	—	—	—	—	—
Eckartsberga	18,00-19,00	16,00-16,50	18,00-19,00	14.50-15,40	14,00-16.00
Erfurt, Stadt	1?,75-20,50	16,7?-17,80	18,00-21,00	15,75-?,00	24,00-26,50
Grafsch. Hohenst.	—	—	—	—	—
Halberstadt, St.	19,00-20,50	16,00-17,00	1?,00-20,50	16,00-18,60	28,00-44,00
" Land	19,60-20,00	16,20-16,80	18,00-19,00	16,00-16.50	20,00-24,00
Halle, Stadt	19,30-20,00	16,20-16,80	18,00-20,50	16,40-17,20	2?,00-24,00
Saalkreis	19,20-20,00	16,20-16,60	17,00-20,00	16,00-16,80	20,00-22,50
Jerichow I	–	16,50	19,50	—	—
Magdeburg	19,70	17,?5		—	—
Mansfeld. Gebirg.	18,80-20,00	16,50-16,70	11,50-19,60	16,40-16,90	24.00-26,00
Merseburg, Stadt	17,00-20,00	16.25-16,90	18,50-20,00	16.00-17,50	?,00-36,00
" Land	19,50	16,50	—	16.00	—
Naumburg	—	—	—	—	—
Nordhausen	—	—	—	—	—
Sangerhausen	19,40	—	20,00-20,50	—	—
Weissenfels, Stadt	18,60-19,80	16,20-16,80	17,50-19,00	16.00-16,50	—
Torgau	19,70	16,35	—	16,50	—
Wittenberg	—	—	—	—	—

Heu: Halberstadt Stadt 5,20—7,00, Jerichow I —,—, Wittenberg —,— (Elbheu), Torgau 6,50, Halle Stadt 6,?0—7,50 (Fuhrenpreis) Merseburg St. 6,00—7,00, do. Land —,—, Eckartsberga 5,50.
Stroh: Halberstadt Stadt 4,0?—6,00 lang, 3,00—4,00 kurz, Jerichow I 8,00 lang, —,— kurz, Wittenberg —,— lang, —,— kurz, Torgau 3,60 lang, — kurz, Halle Stadt 5—5.50 lang, 3—3,50 kurz (Fuhrenpreis), Merseburg Stadt 4,00—5,00 lang, 2,20—2,40 kurz, do Land 4,00 lang, 2,20 kurz, Eckartsberga 3,00—4,00 lang, 2,00 ?,50 kurz.
Kartoffeln: Halberstadt Stadt 6,00—8,00 Jerichow I 4,?0, Wittenberg —,—, Torgau —, Halle Stadt 6,00—?,?0, Merseburg Stadt, 5,00—7,00, do. Land —,—. Eckartsberga 4.40—5,80 Mk.

Getreide.

Berliner Produktenbörse. 21. Jan. Am Frühmarkt notierten: Weizen inländ. 207—210. Roggen inl. 165,00 166. Hafer, märkischer mecklenburg., pommerscher, preuss., posenscher u. schlesischer frei 176—188, mittel 170 175, gering 165—169. russischer mittel u. gering —,—. Mais, runder 164,00—168 00. Gerste, inländ. Futtergerste mittel und gering 154 -164, gute 165 -180. russische und Donau leichte 183 bis 140. Erbsen inländ. und ausländischer Futterware 182 -188. kleine —,—. Weizenmehl 00 25,25 -28,25. Roggenmehl 0 und 1 20,40 -22,50. Weizenkleie 11.00 -12,00. Roggenkleie 11.2? 12,00. (Alles frei Bahn).

Pest, 21. Jan. Weizen fester, per April 12,72 Gd., 12,73 Br., Roggen per April 10,04 Gd., 10,03 Br. Hafer per April 8,49 Gd., 8,50 Br. Mais per Mai 7,27 Gd., 7,28 Br.

London, 21. Jan. Baltiemarkt. An der Küste angekommene Weizenladungen zum Verkauf — angebotene Weizenladungen. Weizen fester, Mais still, Gerste still, Hafer behauptet.

Antwerpen 21. Jan. Deutscher La Plataszug, Kontrakt B., per Januar 535, Februar 527 1/2, März 525, April 5?2 1/2, Mai 520 Fr. Still. Umsatz 150,000 kg.

Liverpool, 21. Jan. Roter Winterweizen per März 7,7 5/8, per Mai 7,6 3/8. Behpt. Mais, bunter, amerikanischer per März 5,3 5/8, per Mai 5,3 1/2. Still.

Spiritus.

Nordhausen, 21. Jan. Branntwein 40 Vol. Proz. für 100 kg 105—106 l) 60,50—61,50 M., do. 45 Vol. Proz. für 100 kg (106—107 l) 67,50—68,50 M. per loko-Lieferung ohne Fass ab Brennerei.

Zucker.

Hamburg, 21. Jan. Rübenrohzucker, I. Produkt, Basis 88%, Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

	vorm.	nachm.	abends
per Januar	20,40	20,40	20,40 Mk.
" März	20,55	20,55	20,60 "
" Mai	20,75	20,80	20.85 "
" August	21,10	21,15	21,15 "
" Oktober	19,55	19,65	19,65 "
" Dezember	19,50	19,55	19,55 "
	still	behauptet	stetig

Kaffee.

Hamburg, 21. Jan. Good average Santos

	vorm.	nachm.	abends
per März	32 1/4 Gd.	33 1/4 Gd.	33 1/2 Gd.
" Mai	32 1/2 Gd.	32 1/2 Gd.	33 1/2 Gd.
" September	31 1/4 Gd.	31 1/2 Gd.	31 1/2 Gd.
" Dezember	31 Gd.	31 Gd.	31 Gd.
	fest	behauptet	behauptet

Havre, 21. Jan. Kaffee good average Santos per März 41 1/2, per Mai 40 3/4, per Sept. 39 1/2, pe. Dez. 39. Schwächer.

Rio de Janeiro, 21. Jan. Kaffee-Zufuhren 9000 Sack in Rio 35000 Sack in Santos.

Eier.

Berlin, 21. Jan. Eier pro Schock, vollfrische in- und ausländ. ,— ,—, südrussische erste Sorte —,—, bessere poln., galiz., ungar. und ähnliche Sorten 6 30 —,—, geringe inländ., poln und galizische Sorten 6,20 —, M., Kühlhauseier (oder Kiste 108—110) Kalkeier 4 85 - 4,90 zweite Sorten —, kleine Eier 4,80—5,20 M. Tendenz: fest

Fettwaren und Oele.

Köln, 21. Jan. Rüböl loko 65,00, per Mai 61,00.

Hamburg, 21. Jan. Stadtschmalz 59,50, amerik. Steam 50,00, Chamberlain 50,25. Still.

Chemische Produkte.

Hamburg, 21. Jan. Chilisalpeter per Januar 907 1/2, Februar-März 905, frei Fahrzeug Hamburg.

Wolle.

Bremen, 21. Jan. Baumwolle beh. Upl. loko middl. 49 1/4 Pfg.

Liverpool, 21. Jan. Baumwolle. Umsatz 12,000 Ballen., davon Export 31,000 Ballen, davon Amerikaner 29,000 Ballen. Behauptet.

Liverpool, 21. Jan. Aegyptische Baumwolle per März 5,19.

Alexandria, 21. Jan: Aegyptische Baumwolle per März 15,21, Mai 15,31, Nov. 15,15.

Metalle.

London, 21. Jan. Chili-Kupfer schwach 56 3/16, 3 Mon. 60 3/4. Zinn Straits ruhig 126 1/4, 3 Monat 129 1/8. Blei span., ruhig 13 3/16. englisch 13 1/2. Zink, gewöhnliche Marke, ruhig, 21 1/8, spez. Marke 21 3/4.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.

New York.	21.1.	20.1.	Chicago.	21.1.	20.1.
Weizen p. Mai	111 1/8	111 1/4	Weizen p. Mai	107 3/8	107 3/4
" " Juli	105	105 3/8	" " Juli	97 7/8	98 1/8
Mais p. Mai	69 1/8	69 1/8	Mais p. Mai	62 1/4	61 7/8
" " Juli	69 1/4	69 1/4	" " Juli	62 1/2	62 1/8
Mehl Spring clears	4,25	4,25	Hafer p. Mai	52	51 7/8
Kaffee Fair Rio Nr. 7	6,08	6,08	" " Juli	46 1/2	46 1/4
" p. Jan.	5,63	5,75	Roggen p. Mai	84	82
" " Febr.	5,70	5,80	Schmalz " Jan.	9,75	9,75
Petroleum in Cases	10,90	10,90	" " Mai	9,90	9,92
do. in New York	8,50	8,50			
do. in Philadelphia	8,45	8,45			

Tendenz: Weizen stetig. Mais fest.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.)

Saale und Unstrut.					Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel	20. Jan.	+0,45	21. Jan.	+0,40	5	—
Nebra, Oberpegel	"	+?,00	"	+1.93	2	—
" Unterpegel	"	+1,40	"	+1,38	2	—
Weissenfels, Oberpegel	"	+2,46	"	+2,42	4	—
" Unterpegel	"	+0,38	"	+0,16	22	—
Trotha	20. "	+1,90	21. "	+1,80	10	—
Alsleben, Oberpegel	20. "	+2,49	21. "	+2,50	—	1
" Unterpegel	"	+1,72	"	+1,46	26	—
Bernburg	"	+1,00	"	+0,92	8	—
Kalbe, Oberpegel	"	+1,52	"	+1,42	10	—
do. Unterpegel	"	+0,76	"	+0,42	34	—

Iser. Eger. Elbe. Moldau.

	Jan.		Fall	Wuchs		Jan.		Fall	Wuchs
Budweis	20.	+1,02	14	—	Torgau	21.	0,67	9	—
Prag	"	—	–	—	Wittenberg	"	+0,47	31	—
Jungbunzl.	"	-0,10	8	—	Rosslau	"	+0,46	—	18
Laun	"	+0,14	28	—	Barby	"	+0,54	23	—
Pardubitz	"	-0,50	10	—	Magdeburg	"	+0,64	16	—
Brandeis	"	—0,24	—	6	Tangermde.	"	+1,29	19	—
Melnik	"	—0,25	17	—	Wittenbrge.	"	+1,31	—	31
Leitmeritz	21	—0,26	19	—	Dömitz, Peg.	20.	—0.35	—	5
Aussig	"	-0,05	18	—	Hohnstorf	21.	+0,51	6	—
Dresden	"	—1,44	10	—	Lauenburg	"	+0,?8	6	—

Prämien-Kursbericht

der Bankfirma Samuel Zielenziger, Berlin,
21. Jan. 1908.
Telegramm-Adresse: „Bahnenbank Berlin".

Die Firma war heute zu nachstehenden Sätzen Verkäufer für Vorprämien bezw. Käufer für Rückprämien:

	Vorprämien. Febr.	März	Rückprämien. Febr.	März
Lombarden	18 3/8 5/8	18 1/2 1	17 1/8 -5/8	16 1/2 - 1
Franzosen	146—1 1/8	146 1/2—1 1/2	143 3/4—1 1/8	143 1/2—1 1/2
Baltimore	113 3/8 —2	—	109 1/2—2	–
Canad. Pacific	178 5/8 2	179 7/4 3	174 5/8 -2	173 3/4—3
Türken-Lose	148—1 5/4	149 ?/4 - 2 1/2	—	—
Darmstädt. B.	130 5/8 1 5/8	130 3/4 - 2	—	—
Disc. Comm.	183 3/8 1 5/8	—	180 1/8 - 1 5/8	—
Berl. Hdlsges.	172 1/4 - 1 5/8	172 7/8 2 1/8	169 - 1 5/8	168 5/8—2 1/8
Dtsch. Bank	245 3/8 -1 5/8	246 1/8 —2 1/8	—	—
Dresdner Bk.	150 1/2 1 5/8	161 1/8—2 1/8	147 1/4 - 1 5/8	146 7/8 - 2 1/8
Oesterr. Cred.	200—1 7/8	200 3/4 2 1/2	196 1/4 1 7/8	195 3/4—2 1/9
Russenbank	134 3/4 - 1 3/4	135 1/4 - 2 1/4	—	—
Dynam. Trust	159 1/4—2 1/4	160—2 5/4	—	—
Hamb. Packet	115 3/8 1 7/8	116—2 1/2	111 5/8 - 1 7/8	111—2 1/2
Nordd. Lloyd	94 5/8—1 7/8	95 1/4 - 2 1/2	—	—
Prince Henry	—	—	—	—
Gr. Berl. Strb.	179 5/8 1 7/8	180 1/2—2 5/8	175 7/8—1 7/8	175 1/4—2 5/8
3% Reichsanl.	86 1/2 - 5/8	86 5/8—3/4	—	—
Russen v 1902	84 3/4	84 1/4 -1	—	–
Bochumer	233 3/4—2 3/4	247 3/4 —2 1/2	221 1/4—2 3/4	220 3/4 — 3 1/9
Laura	20?5/8—2 5/8	204 1/2 3 1/4	198 3/8—2 5/8	198 3 1/4
Gelsenkirch.	192 1/2 2 3/4	193 1/4 3 3/8	187 2 3/4	186 1/2 3 3/8
Harpener	19? 3/8 - 2 3/4	197 3 1/4	190 7/8 —2 3/4	190 1/2— 3 1/4
Phönix	179 3/8 2 3/4	180 1/2 4 1/4	174 1/8— 2 3/4	173 1/2 3 1/2
D.-Luxemb.	158 1/4 —3 1/8	159 1/2 4 1/4	153—3 1/8	151—4 1/4
Dortmunder	63 1/4 - 2	63 3/4 —2 3/4	—	—
A. E. G.	225 1/4 2 1/2	226 1/2—3 1/2	220 1/4 2 1/2	219 1/2 3 1/2

Vorprämien per März: Lombarden 18 5/8 — 1 1/4, Baltimore 147 1/4 bis 2, Canada 180 7/8 3 3/4, Türken — — —, Darmstädt. Bank — — Bochumer 229 4 1/4, Laura 205 3/8—4, Gelsenkirchen 194 3/8 — 4 1/8, Phönix 181 3/4—4 3/8, Harpener 198 1/4 — 4 1/8, A. E. G. 227 3/4 - 4 1/4.

Nachfrage- und Angebot-Preise von Kali-Kuxen,
von Samuel Zielenziger, Berlin und Essen. 21. Jan.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Adler-Kali V.-A.	—	52 1/2	Hugo	—	2500
Alexandershall	6750	6900	Immenrode	3300	3500
Beienrode	4300	4500	Johannashall	3200	—
Burbach	11,250	11,400	Justus I	64	67
Carlsfund	5650	5800	Kaiseroda	6650	—
Cecilienhall	—	25	Krügershall-Akt.	72 3/4	73 3/4
Desdemona	5400	—	Ludwigshall	67	68
Dtsch. Kali-Akt.	100	101 1/2	Neustassfurt	—	9500
Deutschland	3150	3250	Reichskrone		
Friedrichshall	72 1/2	74	(Lossa)	—	1100
Glückauf			Roland	—	80
Sondershausen	15,200	15,600	Ronneberg (Akt.)	120	122
Güntershall	4100	4200	Rothenberg	1575	1650
Hann. Kal Akt	27	—	Sachsen-Weimar	—	2550
Hansa	2925	3000	Schieferkaute	250	300
Hattorf Vorz.-A.	78	—	Siegfried I	3100	3200
Heldburg	56	56 1/2	Sigmundshall	127	130
Heldrungen I	1200	1300	Teutonia-Akt.	120	122
Heldrungen II	1080	1100	Wilhelmshall	9400	9600
Hermann II	1850	1900	Wintershall	11,800	12,100
Hohenfels	6150	6300			
Hohenzollern	3200	3400			

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090122015/fragment/page=0005

Berliner Börse, 21. Jan. 1909

Die Rubrik in Cursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:

1 1. Jan.	*4* 1. Apr.	*7* 1. Juli	*O* 1. Okt.	*a* 1.1.7.	*d* 1.4.10.	*g* 15.3.9.	*k* 15.6.12.	*q* quartaliter 1.1.4.7.10.
2 1. Febr.	*5* 1. Mai	*8* 1. Aug.	*N* 1. Nov.	*b* 1.2.8.	*e* 1.5.11.	*h* 15.4.10.	*l* 11.6.12.	*q₂* do. 1.2.5.8.11.
3 1. Mrz.	*6* 1. Juni	*9* 1. Spt.	*D* 1. Dez.	*c* 1.3.9.	*f* 1.6.12.	*i* 15.5.11.	*v* versch.	*q₃* do. 1.3.6.9.12.

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Leu, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85, — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1.50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16. — 1 Gold-Rbl.: 3.20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4.20. — 1 Lstrl.: 20.40 M.

Berlin. Bankdiskont 4½, Lombardzinsfuß 5½, Privatdiskont 3⅛%.

Nachdruck verb.

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.

Dt. Rchs.-Sch.	*d*	4	101.30bG
do. 1.4.12	*d*	4	101.50G
do. 1.7.12	*a*	4	101.40bG
do. 1.4.09	*d*	3½	100.20G
Pr. Schatz 12	*a*	4	101.30bG
Dt. Rchs. Anl.	*v*	3½	95.20bG
do. do.	*d*	4	103.00bG
do. do.	*v*	3	86.00bG
Dt. Schutzg.	*a*	4	101.70B
Prss. cs. Anl.	*v*	3½	95.20bG
do. do.	*v*	3	86.00bG
do. do.	*d*	4	103.00bG
do. Staff. A.	*a*	4	101.90bG
BadStb. A. 01	*a*	4	101.60bB
do. do. 02	*d*	3½	—.—
Bayer. Anl.	*e*	4	—.—
do. do.	*v*	3½	94.20bG
do. Eisb. D.	*b*	3	—.—
do. Ldsk.-R.	*f*	3½	—.—
BrnschL. Sch	*d*	3	—.—
Brem. Anl. 99	*b*	3½	93.50G
do. 05 u. 15	*d*	3½	93.50G
do. 96	*d*	3	83.00G
Cassel Ldcr.	*c*	3½	94.25G
do. XXI. u. 17	*c*	3½	94.25G
do. XXII. u. 14	*c*	4	101.25G
Hamb. St. R.	*b*	3½	95.00bG
do. 1907	*d*	4	101.60G
do. am. 1900	*a*	4	101.60G
do. do. 93/99	*v*	3½	—.—
do. 86.87.02	*v*	3	84.80G
Hessen 09	*d*	4	—.—
do. 93 00	*d*	3½	93.80G
do. 96 03 05	*v*	3	83.10bG
Lüb. St. A. 06	*e*	4	101.50G
do. do. 99	*a*	3½	—.—
do. do. 95	*d*	3	82.10bG
Mckl. EbSchv	*a*	3½	94.25G
do. cs. A. 86	*a*	3½	94.50bG
do. do. 90/94	*d*	3½	94.50bG
Old. St. A. v. 03	*a*	3½	94.20G
do. do. v. 96	*7*	3	83.00G
Sachs. G. StA	*d*	4	—.—
Sachs. WLdc	*e*	4	101.25G
Sächs. Stsrt.	*v*	3	86.10G
Brandb. Prov	*d*	3½	92.40G
Hann. Pr. IX.	*e*	3½	—.—
do. VII. VIII	*d*	3	—.—
Ostpr. Pr. Obl	*a*	4	100.80b
do. do.	*a*	3½	92.00b
Pomm. Pr Anl	*d*	3½	—.—
do. VI. VII	*d*	4	—.—
Posen. Pr Anl	*a*	3½	92.10G
do. do.	*a*	3	83.00bB
Rhpr. XX. XXI	*a*	4	101.40bB
do. XXII XXIII	*d*	3½	98.20G
do. XXX.	*a*	3.6	95.00G
XXIV-XXVII	*v*	3½	93.30G
do. XXVIII 16	*a*	3½	93.30G
do. XIX. u. 09	*a*	3½	—.—
do. XVIII	*a*	3½	89.00G
do. IX. XI XIV	*a*	3	88.10G
Westf. Prov.	*d*	4	101.10b
do. u. 15.16	*d*	4	101.80b
do. uk. 09	*d*	3½	—.—
do. II. III. IV	*d*	3½	93.20bG
do. uk. 15	*d*	3½	93.20bG
do. II.	*d*	3	86.50G
Westpr. Prov	*d*	4	100.80G
do. do.	*d*	3½	—.—

Stadt-, Kreis- und Gemeinde-Anleihen

AnklamKr01	*d*	4	—.—
Klv. D Wld. Tlt	*d*	4	100.80bG
Aachen. 93	*d*	3½	93.00G
do. III. 1912	*d*	4	100.80G
do. 1902	*d*	4	100.80G
Altenbg. I. II.	*v*	4	101.00G
Altona	*v*	3½	93.25G
do. 01 u. 11	*d*	4	100.70bG
do. II ausw 19	*d*	4	—.—
Apolda. 95	*a*	3½	92.25G
Augsburg	*v*	3½	—.—
do. do.	*d*	4	100.75G
Barmen 99	*a*	4	100.80bG
do. 01	*c*	3½	93.30bG
do. 07	*b*	4	101.00bG
Berlin 04 II.	*a*	4	101.25bG
do. 76/78	*a*	3½	97.70G
do. 82/98	*v*	3½	94.10G
do. 1904 I.	*d*	3½	94.00b
do. HandlskO	*a*	3½	—.—
do. St. Syn. I.	*a*	4	—.—
do. do. 1902	*a*	3½	92.00G
Bielefeld	*d*	4	100.70bG
Bonn. 96	*a*	3	84.25G
do. 01/05	*a*	3½	93.50G
Brandenb10	*d*	4	100.60G
Breslau 91	*v*	3½	93.75G
Bromberg02	*d*	4	—.—
Burg unk. 10	*a*	4	100.50G
Charl. 89/99	*v*	4	101.70b
do. 95 uk. 11	*d*	4	—.—
do. 07 uk. 17	*d*	4	101.90b
do. 95,99,02	*v*	3½	93.40bG
Cöln	*v*	3½	93.10G
do. 1900	*d*	4	101.50B
do. 06uk11	*a*	4	101.20b
Cöpenick	*d*	4	—.—
Cref00uc05	*a*	4	—.—
Danzig	*d*	3½	93.10G
Dt.-Eylau 07	*a*	4	—.—
Dt. Wilmersd	*d*	4	101.60bG
Dortmund	*v*	3½	93.90G
do. 12	*a*	4	100.70G
Dresden	*d*	4	101.90G
do. 1893	*a*	3½	95.25G
do. 1905	*d*	3½	95.25G
Düsseldrf99	*c*	4	101.00bG
do. 88/1903	*v*	3½	93.00B
Duisburg 99	*a*	4	100.70G
do. 82 96	*a*	3½	92.50G
do. 1902	*a*	3½	—.—
Eisenach 99	*a*	4	100.60G
Elberfeld 99	*a*	4	101.00G
Elbing 1917	*a*	4	100.70G
Erfurt 93 01	*d*	4	—.—
do. 93/01	*d*	3½	—.—
Essen 79/01	*v*	3½	94.60G
Frankfurt01	*c*	3½	—.—
do. do.	*c*	4	101.00G
Freibg. iB 03	*e*	3½	92.50G
do. 12	*c*	4	101.00B
Fürstenwld.	*d*	3½	92.50G
Glauchau 94	*a*	3½	93.00G
Görlitz 1900	*d*	4	—.—
do. do.	*d*	3½	—.—
Halberst. 97	*a*	3½	93.10G
Halle 86/92	*v*	3½	94.50G
do. do.	*a*	4	101.00G
Hamm iW. 03	*a*	3½	92.10G
Hannover 95	*a*	3½	—.—
Heidelbrg03	*d*	3½	—.—
Hildesheim	*a*	3½	94.10G
Kaiserslaut.	*a*	4	100.60G
Karlsruhe cv	*v*	4	101.40G
do. do.	*v*	3½	92.50bG
do. 86 89	*e*	3	—.—
Kiel 89 98	*a*	3½	94.00G
do. 1904	*a*	4	100.75G
Königsbg 99	*d*	4	100.70G
Lichtbg G 00	*d*	4	100.90B
Ludwigsh06	*a*	4	100.60bG
do. do. 02	*d*	3½	92.50G
Magdeburg.	*v*	3½	94.75B
do. 91 uc. 10	*a*	4	—.—
do. 06 uc. 10	*a*	4	100.70b
do. 02 uc. 17	*d*	4	—.—
Mainzer 10	*a*	4	—.—
do. 1916	*c*	4	101.50G
Mannh 1901	*b*	4	109.90B
Mersebg. 01	*d*	4	100.60G
Mind. 95 02	*v*	3½	93.10G
Mülheim Rhr	*d*	3½	95.00G
München 94	*v*	3½	93.20G
do. 1900 01	*v*	4	101.00bG
do. 1907/13	*d*	4	101.60G
do. 1908	*e*	4	102.00G
Nürnb99 01	*v*	4	100.75bG
do. 1896 98	*v*	3½	94.10G
Pirmasens	*a*	4	100.60G
Posen 94 03	*c*	3½	92.60G
do. 05 uc. 12	*a*	4	100.70B
Potsdam 02	*d*	3½	93.00G
Rostock	*a*	3½	—.—
Schönb. 04 II	*d*	4	101.40B
do. 96	*d*	3½	93.10B
do. 04 I	*d*	3½	93.10G

Schwerin i M	*a*	3½	92.50G
Spandau 91	*d*	4	101.00G
do. 95	*d*	3½	—.—
Stargard i. P.	*d*	3½	—.—
Stendal 01	*a*	4	—.—
do. 93	*d*	3½	93.25G
Stettin	*a*	3½	92.50G
do. 1904	*d*	3½	92.50G
Teltow. Kreis	*d*	4	101.30b
do. do.	*d*	3½	93.90G
Thorn 01 u. 11	*d*	4	100.90G
Weimar	*a*	3½	—.—
Wiesb 79/83	*v*	3½	94.80G
Worms. 01	*a*	4	100.60G
Zerbst 05 II.	*a*	3½	93.00G

Deutsche Pfandbriefe

Berlin. Pfdb.	*a*	5	119.90b
do. do.	*a*	4½	107.90B
do. do.	*a*	4	103.25G
do. do.	*a*	3½	95.75B
do. neue	*a*	4	100.99b
do. do.	*a*	3½	94.00bG
do. do.	*a*	3	84.40b
LandschCtr.	*a*	4	—.—
do. do.	*a*	3½	94.60bG
do. do.	*a*	3	84.20bG
Kur-u. Neum.	*a*	3½	—.—
do. alte	*a*	3½	96.00G
do. Comm. O.	*d*	3½	94.60bG
do. do.	*d*	4	101.75B
Ostpreuss.	*a*	4	100.90B
do.	*a*	3½	93.10bG
do.	*a*	3	83.40bG
Pommersch.	*a*	3½	94.60b
do.	*a*	3	85.30bG
do. neuld	*a*	3½	93.40G
do. do.	*a*	3	85.80G
Posensche	*a*	4	102.75bG
do. XI-XVII	*a*	3½	94.75bG
do. Lit. D.	*a*	4	100.75B
do. Lit. B.	*a*	3	—.—
do. Lit. C.	*a*	3½	93.50G

Russ EBA 02	*a*	4	
do. do. 05	*a*	4½	
do. Staatsrnt	*q₂*	4	
do. Nicolai-B	*e*	4	
do. Prm. A. 64	*a*	5	
do. do. 66	*c*	5	
do. Bodencr.	*a*	5	
do. conv. Obl.	*a*	3,8	
SaoPaulo GA	*a*	5	
SchwdStA86	*f*	3½	
do. do. 88	*b*	3	
Serb. amA95	*a*	4	
Siames. Anl.	*v*	4½	
Span. Schdkf	*q₁*	4	
Türk AdmAnl	*e*	4	
do. Bagd.-A.	*c*	4	
do. do. priv.	*c*	4	
do. unifiz. 03	*c*	4	
do. do. 05	*c*	4	
do. 400Fr-L	—	frc.	
Ung. Goldrnt	*a*	4	
do. kleine	*a*	4	
do. Kronenrt	*f*	4	
do. kleine	*f*	4	
do. Staatsrnt	*a*	3½	
do. GoldA. ET	*a*	3	
do. Lose	—	frc.	
do. GrndentO	*e*	4	
Bucar. Anl88	*f*	4½	
do. 95	*c*	4½	
do. 98	*a*	4½	
Budap. St.-A.	*c*	4	
Buen. Air. StA 1000 L.	*f*	4½	
do. 100 L.	*f*	4½	
do. 20 L.	*f*	4½	
do. Pes.	*a*	6	
Gothnb. A. 06	*h*	4	
Kopenh St. A.	*a*	3½	
Lissab. St. A.	*a*	4	
do. 400 M.	*a*	4	
Mail45LireL	—	frc.	

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090122015/fragment/page=0006